

306 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (VI. G. P.).

8. 2. 1951.

Regierungsvorlage.

Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 32. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen Nr. 94, 95 und 98 sowie die Empfehlungen Nr. 84, 85 und 87.

A. Vorbemerkungen.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die vom 8. Juni bis 2. Juli 1949 in Genf zu ihrer 32. Tagung zusammengetreten war und auf der Österreich durch eine vollzählige Delegation vertreten gewesen ist, hat auf dieser Tagung unter anderem folgende Übereinkommen und Empfehlungen angenommen:

Übereinkommen (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen;

Empfehlung (Nr. 84), betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen;

Übereinkommen (Nr. 95) über den Lohnschutz;
Empfehlung (Nr. 85), betreffend den Lohnschutz;

Übereinkommen (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen;

Empfehlung (Nr. 87) über die Berufsberatung.

Gemäß den Vorschriften der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ist jeder Mitgliedstaat verpflichtet, die von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen und Empfehlungen den zur Entscheidung befugten Stellen des Landes zur Verwirklichung durch die Gesetzgebung oder zwecks sonstiger Maßnahmen zu unterbreiten und über die Einhaltung dieser Verpflichtung dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zu berichten. Findet ein Übereinkommen die Zustimmung der entscheidungsbefugten Stellen nicht, so hat das Mitglied keine weiteren Verpflichtungen; in diesem Falle muß jedoch der Mitgliedstaat in angemessenen

Zeiträumen dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes Bericht erstatten über den Stand seiner Gesetzgebung und die Praxis in der Frage, die den Gegenstand des Übereinkommens bildet. Hierbei ist anzugeben, in welchem Umfang den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens Rechnung getragen ist oder Rechnung getragen werden soll, und es sind alle Schwierigkeiten darzulegen, die eine Ratifikation des Übereinkommens verhindern oder verzögern. Hinsichtlich der Empfehlungen ist eine ähnliche Berichterstattung vorgesehen.

Ein von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenes Übereinkommen stellt einen Staatsvertrag dar. Zu seiner Ratifikation ist daher nach Artikel 65 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Herr Bundespräsident berufen. Die Ratifikation bedarf zu ihrer Gültigkeit überdies gemäß Artikel 50 der Bundesverfassung der Genehmigung durch den Nationalrat, da die Übereinkommen in der Regel eine elfjährige Bindung vorsehen, die gesetzgebende Körperschaft während dieser Zeit daher in ihrer gesetzgeberischen Freizügigkeit insofern eingeschränkt ist, als sie auf dem durch das jeweilige Übereinkommen geregelten Gebiet kein Recht setzen kann, das unter den Mindestschutz des Übereinkommens geht.

B. Die Übereinkommen.

Das Übereinkommen (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, dessen Wortlaut in der Anlage 1 im authentischen englisch-französischen Wortlaut und in der amtlichen deutschen Übersetzung beigeschlossen ist, dient dem Schutz der Arbeitnehmer, die mit Arbeiten in Ausführung eines von einer Behörde geschlossenen Vertrages beschäftigt sind. Zur Erreichung dieses Zweckes schreibt das Übereinkommen vor, daß den bei der Ausführung solcher Aufträge beschäftigten

Arbeitnehmern Arbeitslöhne, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen gewährleistet sein müssen, die nicht weniger günstig sein dürfen als jene, die im gleichen Gebiet für gleichartige Arbeit in dem betreffenden Beruf oder in dem betreffenden Gewerbe auf Grund von Kollektivverträgen, Schiedssprüchen oder von Gesetzes wegen gelten. Die einzuhaltenden Grundsätze werden im Übereinkommen näher ausgeführt.

In Österreich gilt auf dem in Rede stehenden Rechtsgebiet derzeit die Verordnung des Gesamtministeriums vom 3. April 1909, RGBl. Nr. 61, betreffend die Vergebung staatlicher Lieferungen und Arbeiten, in der durch die bisherigen Änderungen erlangten Fassung. Durch diese Vorschriften ist den Forderungen des Übereinkommens fast durchwegs Rechnung getragen, lediglich Artikel 5 Abs. 2 des Übereinkommens enthält eine Bestimmung, die in der geltenden österreichischen Rechtslage ihre Deckung nicht findet. Nach Artikel 5 Abs. 2 des Übereinkommens ist durch Einbehaltung auf die vertraglich geschuldeten Zahlungen oder durch andere geeignete Maßnahmen dafür vorzusorgen, daß die Arbeitnehmer die ihnen gebührenden Löhne erhalten. Auf die Verankerung dieses Grundsatzes auch in der österreichischen Rechtsordnung wird seitens der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer größter Wert gelegt, aber auch die mit der Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen befaßten Zentralstellen begrüßen eine solche Bestimmung zum Schutze der Arbeitnehmer. Die Verwirklichung der erwähnten Forderung des Übereinkommens soll in der Weise geschehen, daß in den in Ausarbeitung begriffenen Gesetzentwurf, der eine Neuregelung der Vergebung staatlicher Lieferungen und Arbeiten bringen und an die Stelle der erwähnten Verordnung des Gesamtministeriums vom 3. April 1909 treten soll, eine entsprechende Bestimmung aufgenommen wird. Es wird vorgesehen werden, daß jeder Vertrag im Sinne des Gesetzes beziehungsweise des Übereinkommens eine Klausel enthalten muß, durch die der Auftragnehmer den öffentlichen Auftraggeber etwa in der Form einer Anweisung im Sinne des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches ermächtigt, daß dieser für den Fall, als er selbst gegenüber seinen Arbeitnehmern mit den Lohnzahlungen in Verzug geraten ist, aus den dem Auftragnehmer für seine Leistungen zustehenden Zahlungen die Lohnforderungen der Arbeitnehmer befriedigt. In Ergänzung zu dieser Regelung wird dem öffentlichen Auftraggeber die Möglichkeit einzuräumen sein, in die Lohnzahlungsaufzeichnungen des Auftragnehmers Einsicht zu nehmen. Bei dieser Lösung würde insofern eine Belastung der Vertragssteile möglichst vermieden, als sich der Auftraggeber nicht vor jeder Zahlung davon zu überzeugen hätte, ob der Auftragnehmer die Lohnforderungen seiner Arbeitnehmer befriedigt hat, sondern nur dann, wenn begründeter Anlaß zur Annahme

besteht, daß dies nicht der Fall ist. Dieser Forderung des Übereinkommens kann für die Zeit bis zur Gesetzwerdung der in Aussicht genommenen Regelung durch das erwähnte Bundesgesetz ohne Schwierigkeiten im Wege von Verwaltungsanweisungen Rechnung getragen werden.

Das Übereinkommen (Nr. 95) über den Lohnschutz, dessen authentischer Text nebst einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Anlage 2 zu diesem Bericht enthalten ist, enthält nach Festlegung seines Geltungsbereiches und der Definition des Begriffes der „Löhne“ im Sinne des Übereinkommens insbesondere Vorschriften über die Art und den Ort der Lohnzahlung, die Lohnzahlungszeiträume, die zulässigen Lohnabzüge, den Lohnpfändungsschutz und die bevorzugte Behandlung der Lohnforderungen im Falle der Insolvenz des Dienstgebers.

Die in dem Übereinkommen enthaltenen Forderungen sind in den geltenden österreichischen Rechtsvorschriften bereits verwirklicht. Zweifel könnten sich lediglich darüber ergeben, was unter dem im Abs. 11 Unterabs. 1 des Übereinkommens enthaltenen Begriff der „gerichtlichen Liquidation“ zu verstehen ist. Diese Vorschrift verlangt nämlich, daß die Arbeitnehmer im Falle des Konkurses oder der gerichtlichen Liquidation ihres Arbeitgebers als bevorrechtete Gläubiger gelten. Um solchen allfälligen Zweifeln vorzubeugen, wird daher über Anregung des Bundesministeriums für Justiz folgende, der österreichischen Rechtsterminologie Rechnung tragende authentische Interpretation in diesen Bericht aufgenommen:

„Wenn das Übereinkommen von Konkurs oder gerichtlicher Liquidation spricht, so ist damit für Österreich jegliches Insolvenzverfahren gemeint, also der Konkurs — gleichgültig ob er mit der Verteilung der Konkursmasse oder mit einem Zwangsausgleich endet — sowie das Ausgleichsverfahren und die Geschäftsaufsicht.“

Diese Interpretation kann ohne Bedenken gegeben werden, da die Formulierung des Übereinkommens lediglich einen möglichst weiten Rahmen geben wollte, um so den verschiedenen Rechtsordnungen möglichst aller Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation nachzukommen.

Das Übereinkommen (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen, dessen authentischer Text nebst einer amtlichen deutschen Übersetzung in der beigeschlossenen Anlage 3 enthalten ist, stellt lediglich eine folgerichtige Ergänzung und Durchführung des von Österreich bereits ratifizierten und im Bundesgesetzblatt vom 20. Dezember 1950 unter der Nr. 228 verlautbarten Übereinkommens (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes dar, das für Österreich am 18. Oktober 1951 in Kraft treten wird. Das in

Rede stehende Übereinkommen fordert von dem ratifizierenden Mitgliedstaat, daß er die Arbeitnehmer vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung angemessen schützt und daß er Schutz gegen wechselseitige Einmischungen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen oder ihrer Vertreter und Mitglieder gewährt sowie erforderlichenfalls Maßnahmen zur Entwicklung und Anwendung von Verfahren zum Abschluß von Kollektivverträgen trifft.

Einer Ratifikation des vorliegenden Übereinkommens stehen weder Hindernisse rechtlicher Natur im Wege noch wird hiedurch eine österreichische Durchführungsgesetzgebung erforderlich.

Angesichts der vorstehend dargestellten Rechtslage in Österreich auf den durch die genannten Übereinkommen geregelten Gebieten hat die Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates vom 6. Februar 1951 den Beschluß gefaßt, dem Herrn Bundespräsidenten die vorbehaltlose Ratifikation des Übereinkommens (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, des Übereinkommens (Nr. 95) über den Lohnschutz und des Übereinkommens (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vorzuschlagen und hiezu gemäß Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Genehmigung des Nationalrates einzuholen.

C. Die Empfehlungen.

Die Empfehlung (Nr. 84), betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, deren authentischer englisch-französischer Wortlaut samt einer amtlichen deutschen Übersetzung diesem Bericht als Anlage 4 angeschlossen ist, stellt eine Ergänzung zu dem im Abschnitt B angeführten Übereinkommen Nr. 94 über den gleichen Gegenstand dar und enthält Bestimmungen, wonach die Arbeitsklauseln, die beim Betriebe von Unternehmungen, die der Allgemeinheit dienen, Anwendung finden, denen in öffentlichen Verträgen gleichen sollten, sofern die privaten Arbeitgeber Zuschüsse oder Bewilligungen erhalten. Darüber hinaus enthält die Empfehlung nähere Durchführungsbestimmungen über die Arbeitsklauseln in den öffentlichen Verträgen hinsichtlich der Festsetzung der Arbeitszeit und der Lohnsätze.

Zur Frage der Annahme dieser Empfehlung waren weder von den beteiligten Bundesministerien noch von Seiten der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen Einwendungen erhoben worden.

Die Empfehlung (Nr. 85), betreffend den Lohnschutz, liegt diesem Bericht als Anlage 5 im authentischen Text samt einer amtlichen deutschen Übersetzung bei. Sie stellt eine

Ergänzung des im Abschnitt B angeführten Übereinkommens (Nr. 95) über den Lohnschutz dar und enthält nähere Ausführungsbestimmungen über die Lohnabzüge, die Lohnzahlungsperioden, die Bekanntgabe der Lohnbedingungen an die Dienstnehmer, über Lohnlisten und die Beteiligung der Dienstnehmer an der Verwaltung der von Betrieben geführten Läden zur Versorgung der Arbeitnehmer und ähnlicher Einrichtungen.

Zur Frage der Annahme der Empfehlung durch Österreich waren lediglich von Arbeitgeberseite gewisse Bedenken gegen die Bestimmungen des Abs. 4 vorgebracht worden. Dieser Absatz bestimmt, daß Arbeitnehmern, die im Stunden-, Tages- oder Wochenlohn stehen, der Lohn mindestens zweimal monatlich in Abständen von höchstens 16 Tagen ausgezahlt werden soll. Die Arbeitgeberseite glaubte, hierin einen Widerspruch zur herrschenden Praxis zu erblicken, wonach die Löhne wöchentlich oder 14tägig bei nur einmonatlicher Lohnabrechnung ausgezahlt werden. Diese Bedenken sind jedoch von der Bundesregierung nicht geteilt worden, da der besagte Abschnitt der Empfehlung von der Lohnabrechnung überhaupt nicht spricht, also zweifellos der herrschenden Übung in Österreich nicht entgegensteht. Weiters hatte die Bundeswirtschaftskammer gewisse Bedenken gegen Abs. 9 der Empfehlung vorgebracht, in dem es heißt, daß dort, wo ein Betrieb Läden oder ähnliche Einrichtungen zur Versorgung seiner Arbeitnehmer unterhält, die Vertreter der beteiligten Arbeitnehmer und insbesondere die Mitglieder der Betriebsausschüsse an der Verwaltung dieser Einrichtungen teilnehmen sollten. Die Bundeskammer meint, daß diese Bestimmung über die Vorschrift des § 14 Abs. 1 Z. 11 des österreichischen Betriebsrätegesetzes hinausgeht, wonach eine Beteiligung des Betriebsrates an Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebes vorgesehen ist. Demgegenüber ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung der in der Empfehlung genannten Einrichtungen eines Betriebes keine Bedenken entgegenstehen, da diese wohl überwiegend als Einrichtungen zum Wohle der Arbeitnehmer anzusehen sind und weil im übrigen alle Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz dem Mitgliedstaat der Organisation, der sie annimmt, keine zwingende Verpflichtung auferlegen, sondern nur verlangen, daß das Mitglied nach Kräften ihre Erfüllung anstrebt.

Die Empfehlung (Nr. 87), betreffend die Berufsberatung, deren authentischer Text samt einer amtlichen deutschen Übersetzung diesem Bericht als Anlage 6 beiliegt, empfiehlt eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Berufsberatung der Jugendlichen einschließlich der Schüler sowie der Erwachsenen. Zur Erreichung ihres Zieles legt die Empfehlung Grundsätze über das Verfahren der Berufsberatung, der Verwal-

tungsorganisation, der Ausbildung des Personals sowie der Forschung und der Werbung fest. Die Empfehlung legt erstmals wichtige Grundsätze auf einem auch in Österreich noch im Auf- und Ausbau begriffenen Gebiete international fest.

Einer Annahme der Empfehlung durch Österreich stehen keinerlei rechtliche Hindernisse im Wege. Es haben sich auch alle beteiligten Stellen für die Annahme dieser Empfehlung ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat daher in der Sitzung des Ministerrates vom 6. Februar 1951 den Beschluß gefaßt, die angeführten Empfehlungen

Nr. 84, 85 und 87 im Namen Österreichs anzunehmen.

Die Bundesregierung stellt nunmehr den Antrag:

„Der Nationalrat wolle den vorstehenden Bericht zur Kenntnis nehmen und dem Übereinkommen (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, dem Übereinkommen (Nr. 95) über den Lohnschutz und dem Übereinkommen (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.“

Übereinkommen (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen.

Convention Concerning Labour Clauses in Public Contracts.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning labour clauses in public contracts, which is the sixth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-ninth day of June of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Convention, which may be cited as the Labour Clauses (Public Contracts) Convention, 1949:

Article 1

1. This Convention applies to contracts which fulfil the following conditions:

- (a) that one at least of the parties to the contract is a public authority;
- (b) that the execution of the contract involves—

Convention concernant les clauses de travail dans les contrats passés par une autorité publique.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux clauses de travail dans les contrats passés par une autorité publique, question qui constitue le sixième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-neuvième jour de juin mil neuf cent quarante-neuf, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur les clauses de travail (contrats publics), 1949:

Article 1

1. La présente convention s'applique aux contrats qui remplissent les conditions suivantes:

- a) l'une au moins des parties au contrat est une autorité publique;
- b) l'exécution du contrat entraîne:

Übereinkommen (Nr. 94) über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, eine Frage, die den sechsten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 29. Juni 1949, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Arbeitsklauseln (öffentliche Verträge), 1949, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Dieses Übereinkommen findet auf Verträge Anwendung, die folgenden Bedingungen entsprechen:

- a) Mindestens eine der Vertragsparteien muß eine Behörde sein;
- b) die Ausführung des Vertrages muß in sich schließen

<p>(i) the expenditure of funds by a public authority; and</p> <p>(ii) the employment of workers by the other party to the contract;</p> <p>(c) that the contract is a contract for—</p> <p>(i) the construction, alteration, repair or demolition of public works;</p> <p>(ii) the manufacture, assembly, handling or shipment of materials, supplies or equipment; or</p> <p>(iii) the performance or supply of services; and</p> <p>(d) that the contract is awarded by a central authority of a Member of the International Labour Organisation for which the Convention is in force.</p>	<p>i) la dépense de fonds par une autorité publique,</p> <p>ii) l'emploi de travailleurs par l'autre partie au contrat;</p> <p>c) le contrat est passé en vue de:</p> <p>i) la construction, la transformation, la réparation ou la démolition de travaux publics,</p> <p>ii) la fabrication, l'assemblage, la manutention ou le transport de matériaux, fournitures ou outillage,</p> <p>iii) l'exécution ou la fourniture de services;</p> <p>d) le contrat est passé par une autorité centrale d'un Membre de l'Organisation internationale du Travail pour lequel la convention est en vigueur.</p>	<p>i) die Aufwendung von Geldmitteln durch eine Behörde,</p> <p>ii) die Beschäftigung von Arbeitnehmern durch die andere Vertragspartei;</p> <p>c) der Vertrag muß zum Inhalte haben</p> <p>i) die Ausführung öffentlicher Bau-, Umbau-, Ausbesserungs- oder Abbrucharbeiten,</p> <p>ii) die Herstellung, Vereinigung, Behandlung oder Beförderung von Arbeitsstoffen, Zubehör oder Ausrüstungsgegenständen oder</p> <p>iii) die Leistung oder Bereitstellung von Diensten;</p> <p>d) der Vertrag muß von einer Zentralbehörde eines Mitgliedes der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossen sein, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist.</p>
<p>2. The competent authority shall determine the extent to which and the manner in which the Convention shall be applied to contracts awarded by authorities other than central authorities.</p>	<p>2. L'autorité compétente déterminera dans quelle mesure et dans quelles conditions la convention s'appliquera aux contrats passés par les autorités autres que les autorités centrales.</p>	<p>2. Die zuständige Behörde bestimmt, inwieweit und unter welchen Bedingungen das Übereinkommen auf Verträge Anwendung findet, die von anderen als den Zentralbehörden abgeschlossen werden.</p>
<p>3. This Convention applies to work carried out by sub-contractors or assignees of contracts; appropriate measures shall be taken by the competent authority to ensure such application.</p>	<p>3. La présente convention s'applique aux travaux exécutés par des sous-contractants ou par des cessionnaires de contrats; des mesures appropriées seront prises par l'autorité compétente pour assurer l'application de la convention auxdits travaux.</p>	<p>3. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf Arbeiten, die von Zwischenunternehmern oder von Personen ausgeführt werden, auf die der Vertrag übertragen wird; die zuständige Behörde trifft geeignete Maßnahmen, um die Anwendung des Übereinkommens in diesen Fällen zu gewährleisten.</p>
<p>4. Contracts involving the expenditure of public funds of an amount not exceeding a limit fixed by the competent authority after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, may</p>	<p>4. Les contrats entraînant une dépense de fonds publics d'un montant qui ne dépassera pas une limite déterminée par l'autorité compétente après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressées, là où de telles or-</p>	<p>4. Von der Anwendung dieses Übereinkommens können Verträge ausgenommen werden, wenn die zu ihrer Ausführung erforderlichen öffentlichen Mittel einen Betrag nicht übersteigen, den die zuständige Behörde nach Anhörung der</p>

be exempted from the application of this Convention.

5. The competent authority may, after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, exclude from the application of this Convention persons occupying positions of management or of a technical, professional or scientific character, whose conditions of employment are not regulated by national laws or regulations, collective agreement or arbitration award and who do not ordinarily perform manual work.

Article 2

1. Contracts to which this Convention applies shall include clauses ensuring to the workers concerned wages (including allowances), hours of work and other conditions of labour which are not less favourable than those established for work of the same character in the trade or industry concerned in the district where the work is carried on—

(a) by collective agreement or other recognised machinery of negotiation between organisations of employers and workers representative respectively of substantial proportions of the employers and workers in the trade or industry concerned; or

(b) by arbitration award; or

(c) by national laws or regulations.

2. Where the conditions of labour referred to in the preceding paragraph are not regulated in a manner referred to therein in the district where the work is carried on, the

organisations existent, pourront être exemptés de l'application de la présente convention.

5. L'autorité compétente pourra, après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressés, là où de telles organisations existent, exclure du champ d'application de la présente convention les personnes qui occupent des postes de direction ou de caractère technique ou scientifique, dont les conditions d'emploi ne sont pas réglementées par la législation nationale, une convention collective ou une sentence arbitrale, et qui n'effectuent pas normalement un travail manuel.

Article 2

1. Les contrats auxquels la présente convention s'applique contiendront des clauses garantissant aux travailleurs intéressés des salaires (y compris les allocations), une durée du travail et d'autres conditions de travail qui ne soient pas moins favorables que les conditions établies pour un travail de même nature dans la profession ou l'industrie intéressée de la même région:

a) soit par voie de convention collective ou par une autre procédure agréée de négociations entre des organisations d'employeurs et de travailleurs représentant une proportion substantielle des employeurs et des travailleurs de la profession ou de l'industrie intéressée;

b) soit par voie de sentence arbitrale;

c) soit par voie de législation nationale.

2. Lorsque les conditions de travail mentionnées au paragraphe précédent ne sont pas réglementées suivant l'une des manières indiquées ci-dessus dans la région où le travail est

beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, festgesetzt hat.

5. Die zuständige Behörde kann nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, vom Anwendungsgebiete dieses Übereinkommens Personen in leitenden Stellen und in Stellen technischer oder wissenschaftlicher Art ausnehmen, deren Arbeitsbedingungen nicht durch die Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsvertrag oder durch Schiedsspruch festgesetzt sind und die in der Regel keine körperliche Arbeit verrichten.

Artikel 2

1. Die Verträge, auf welche dieses Übereinkommen Anwendung findet, müssen Klauseln enthalten, die den beteiligten Arbeitnehmern Löhne (einschließlich Zulagen), eine Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen gewährleisten, die nicht weniger günstig sind als die Bedingungen, die im gleichen Gebiete für gleichartige Arbeit in dem betreffenden Beruf oder in der betreffenden Industrie gelten auf Grund

a) eines Gesamtarbeitsvertrages oder der Ergebnisse eines anderen anerkannten Verhandlungsverfahrens von Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, denen ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes oder der betreffenden Industrie angehört, oder

b) eines Schiedsspruches oder

c) der Gesetzgebung.

2. Sind die im vorigen Absatze bezeichneten Arbeitsbedingungen in dem Gebiet, in dem die Arbeit ausgeführt wird, nicht in einer der vorstehend angegebenen Arten

clauses to be included in contracts shall ensure to the workers concerned wages (including allowances), hours of work and other conditions of labour which are not less favourable than—

(a) those established by collective agreement or other recognised machinery of negotiation, by arbitration, or by national laws or regulations, for work of the same character in the trade or industry concerned in the nearest appropriate district; or

(b) the general level observed in the trade or industry in which the contractor is engaged by employers whose general circumstances are similar.

3. The terms of the clauses to be included in contracts and any variations thereof shall be determined by the competent authority, in the manner considered most appropriate to the national conditions, after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist.

4. Appropriate measures shall be taken by the competent authority, by advertising specifications or otherwise, to ensure that persons tendering for contracts are aware of the terms of the clauses.

Article 3

Where appropriate provisions relating to the health, safety and welfare of workers engaged in the execution of contracts are not already applicable in virtue of national laws

effectué, les clauses qui devront être insérées dans les contrats garantiront aux travailleurs intéressés des salaires (y compris les allocations), une durée du travail et d'autres conditions de travail qui ne soient pas moins favorables que:

a) soit les conditions établies par voie de convention collective ou par une autre procédure agréée de négociations, par voie de sentence arbitrale ou par voie de législation nationale, pour un travail de même nature dans la profession ou l'industrie intéressées de la plus proche région analogue;

b) soit le niveau général observé par les employeurs appartenant à la même profession ou à la même industrie que la partie avec laquelle le contrat est passé et se trouvant dans des circonstances analogues.

3. Les termes des clauses à insérer dans les contrats et toutes modifications de ces termes seront déterminés par l'autorité compétente de la manière considérée comme la mieux adaptée aux conditions nationales, après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressés, là où de telles organisations existent.

4. Des mesures appropriées telles que la publication d'un avis relatif aux cahiers des charges ou toute autre mesure seront prises par l'autorité compétente pour permettre aux soumissionnaires d'avoir connaissance des termes des clauses.

Article 3

Lorsque des dispositions appropriées relatives à la santé, à la sécurité et au bien-être des travailleurs occupés à l'exécution de contrats ne sont pas déjà applicables en vertu de la

geregelt, so müssen die in die Verträge aufzunehmenden Klauseln den beteiligten Arbeitnehmern Löhne (einschließlich Zulagen), eine Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen gewährleisten, die nicht weniger günstig sind als

a) die Bedingungen, die auf Grund eines Gesamtarbeitsvertrages, der Ergebnisse eines anderen anerkannten Verhandlungsverfahrens, eines Schiedsspruches oder der Gesetzgebung im nächstgelegenen Gebiet mit ähnlichen Verhältnissen für gleichartige Arbeit in dem betreffenden Beruf oder in der betreffenden Industrie gelten oder

b) die allgemein üblichen Bedingungen, die von den Arbeitgebern anerkannt werden, welche dem gleichen Beruf oder der gleichen Industrie wie die Vertragspartei angehören und sich in ähnlichen Verhältnissen befinden.

3. Die Bestimmungen der in die Verträge aufzunehmenden Klauseln und alle Abänderungen dieser Bestimmungen sind von der zuständigen Behörde nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, in der nach ihrem Ermessen den Voraussetzungen in den einzelnen Staaten am besten entsprechenden Weise festzusetzen.

4. Die zuständige Behörde hat durch Veröffentlichung der Vergebungsbedingungen oder durch andere geeignete Maßnahmen den Bewerbern zu ermöglichen, Kenntnis von dem Inhalte der Klauseln zu nehmen.

Artikel 3

Falls geeignete Bestimmungen über den Schutz der Gesundheit, die Sicherheit und die Wohlfahrt der bei der Ausführung der Verträge beschäftigten Arbeitnehmer nicht schon auf

or regulations, collective agreement or arbitration award, the competent authority shall take adequate measures to ensure fair and reasonable conditions of health, safety and welfare for the workers concerned.

Article 4

The laws, regulations or other instrument giving effect to the provisions of this Convention—

(a) shall—

- (i) be brought to the notice of all persons concerned;
- (ii) define the persons responsible for compliance therewith; and
- (iii) require the posting of notices in conspicuous places at the establishments and workplaces concerned with a view to informing the workers of their conditions of work; and

b) shall, except where other arrangements are operating to ensure effective enforcement, provide for the maintenance of—

- (i) adequate records of the time worked by, and the wages paid to, the workers concerned; and
- (ii) a system of inspection adequate to ensure effective enforcement.

Article 5

1. Adequate sanctions shall be applied, by the withholding of contracts or otherwise, for

législation nationale, d'une convention collective ou d'une sentence arbitrale, l'autorité compétente doit prendre des mesures adéquates pour assurer aux travailleurs intéressés des conditions de santé, de sécurité et de bien-être justes et raisonnables.

Article 4

Les lois, règlements ou autres instruments donnant effet aux dispositions de la présente convention:

a) doivent:

- i) être portés à la connaissance de tous intéressés,
- ii) préciser les personnes chargées d'en assurer l'exécution,
- iii) exiger que des affiches soient apposées d'une manière apparente dans les établissements ou autres lieux de travail, en vue d'informer les travailleurs de leurs conditions de travail;

b) doivent, sauf lorsque d'autres mesures sont en vigueur qui garantissent une application effective des dispositions considérées, prévoir:

- i) la tenue d'états adéquats indiquant la durée du travail effectué et les salaires versés aux travailleurs intéressés,
- ii) un régime d'inspection propre à en assurer l'application effective.

Article 5

1. Des sanctions adéquates, par voie d'un refus de contracter ou par toute autre voie,

Grund von Gesetzgebung, Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch anwendbar sind, hat die zuständige Behörde geeignete Maßnahmen zu treffen, um den beteiligten Arbeitnehmern gerechte und angemessene Bedingungen auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes, der Sicherheit und der Wohlfahrt zu gewährleisten.

Artikel 4

Die Gesetze, Verordnungen und sonstigen Bestimmungen zur Durchführung dieses Übereinkommens

a) müssen

- i) allen Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden,
- ii) die mit der Durchführung betrauten Personen bezeichnen,
- iii) vorschreiben, daß die Arbeitnehmer durch gut sichtbare Anschläge in den Betrieben oder an den anderen Arbeitsstellen über ihre Arbeitsbedingungen zu unterrichten sind,

b) müssen, falls die Durchführung nicht durch andere wirksame Maßnahmen sichergestellt ist, vorschreiben

- i) die Führung zweckentsprechender Aufzeichnungen über die von den beteiligten Arbeitnehmern geleistete Arbeitszeit und die ihnen ausbezahlten Löhne,
- ii) eine zur Gewährleistung der wirksamen Durchführung ausreichende Aufsicht.

Artikel 5

1. Die Verletzung der Einhaltung und Anwendung der in die öffentlichen Verträge auf-

failure to observe and apply the provisions of labour clauses in public contracts.

2. Appropriate measures shall be taken, by the withholding of payments under the contract or otherwise, for the purpose of enabling the workers concerned to obtain the wages to which they are entitled.

Article 6

There shall be included in the annual reports to be submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation full information concerning the measures by which effect is given to the provisions of this Convention.

Article 7

1. In the case of a Member the territory of which includes large areas where, by reason of the sparseness of the population or the stage of development of the area, the competent authority considers it impracticable to enforce the provisions of this Convention, the authority may, after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, exempt such areas from the application of this Convention either generally or with such exceptions in respect of particular undertakings or occupations as it thinks fit.

2. Each Member shall indicate in its first annual report upon the application of this Convention submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation any areas in respect of which it proposes to have recourse to the provisions of the present Article and shall give the reasons for which it proposes to have recourse thereto; no Member shall, after the date of its first annual report, have

seront appliquées en cas d'infraction à l'observation et à l'application des dispositions des clauses de travail insérées dans les contrats publics.

2. Des mesures appropriées seront prises, soit par des retenues sur les paiements dus aux termes du contrat, soit de toute autre manière, en vue de permettre aux travailleurs intéressés d'obtenir les salaires auxquels ils ont droit.

Article 6

Les rapports annuels qui doivent être présentés aux termes de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail contiendront des renseignements complets sur les mesures donnant effet aux dispositions de la présente convention.

Article 7

1. Lorsque le territoire d'un Membre comprend de vastes régions où, en raison du caractère clairsemé de la population ou de l'état de leur développement, l'autorité compétente estime impraticable d'appliquer les dispositions de la présente convention, elle peut, après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressés, là où de telles organisations existent, exempter lesdites régions de l'application de la convention, soit d'une manière générale, soit avec les exceptions qu'elle juge appropriées à l'égard de certaines entreprises ou de certains travaux.

2. Tout Membre doit indiquer, dans son premier rapport annuel à soumettre sur l'application de la présente convention en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, toute région pour laquelle il se propose d'avoir recours aux dispositions du présent article, et doit donner les raisons pour lesquelles il se propose d'avoir recours à ces dispositions. Par la suite, aucun

genommenen Arbeitsklauseln ist durch Ausschluß von der Auftragsvergebung oder auf andere Weise angemessen zu bestrafen.

2. Durch Einbehaltungen auf die vertraglich geschuldeten Zahlungen oder durch andere geeignete Maßnahmen ist dafür zu sorgen, daß die beteiligten Arbeitnehmer die ihnen zustehenden Löhne erhalten.

Artikel 6

Die Jahresberichte nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation müssen vollständige Angaben über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen enthalten.

Artikel 7

1. Umfaßt das Gebiet eines Mitgliedes ausgedehnte Landesteile, in denen die zuständige Behörde die Bestimmungen dieses Übereinkommens wegen der Spärlichkeit der Bevölkerung oder des Grades ihrer Entwicklung für undurchführbar hält, so kann sie diese Landesteile nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, von der Durchführung des Übereinkommens entweder allgemein oder mit den ihr angemessen erscheinenden Ausnahmen in bezug auf bestimmte Betriebe oder Arbeiten befreien.

2. Jedes Mitglied hat in seinem ersten Jahresberichte, den es auf Grund von Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Durchführung dieses Übereinkommens vorzulegen hat, alle Landesteile, für die es von diesem Artikel Gebrauch zu machen beabsichtigt, unter Angabe der Gründe hierfür zu bezeichnen. In der Folge darf kein Mitglied von diesem Artikel für andere als die in dieser Weise

recourse to the provisions of the present Article except in respect of areas so indicated.

3. Each Member having recourse to the provisions of this Article shall, at intervals not exceeding three years, reconsider in consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, the practicability of extending the application of the Convention to areas exempted in virtue of paragraph 1.

4. Each Member having recourse to the provisions of this Article shall indicate in subsequent annual reports any areas in respect of which it renounces the right to have recourse to the provisions of this Article and any progress which may have been made with a view to the progressive application of the Convention in such areas.

Article 8

The operation of the provisions of this Convention may be temporarily suspended by the competent authority, after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, in cases of *force majeure* or in the event of emergency endangering the national welfare or safety.

Article 9

1. This Convention does not apply to contracts entered into before the coming into force of the Convention for the Member concerned.

2. The denunciation of this Convention shall not affect the application thereof in respect of contracts entered into while the Convention was in force.

Membre ne pourra recourir aux dispositions du présent article, sauf en ce qui concerne les régions qu'il aura ainsi indiquées.

3. Tout Membre recourant aux dispositions du présent article doit reconsidérer, à des intervalles n'excédant pas trois années et en consultation avec les organisations d'employeurs et de travailleurs intéressées, là où de telles organisations existent, la possibilité d'étendre l'application de la présente convention aux régions exemptées en vertu du paragraphe 1.

4. Tout Membre recourant aux dispositions du présent article doit indiquer, dans ses rapports annuels ultérieurs, les régions pour lesquelles il renonce au droit de recourir aux dites dispositions, et tout progrès qui pourra avoir été effectué en vue de l'application progressive de la présente convention dans de telles régions.

Article 8

L'autorité compétente pourra suspendre temporairement l'application des dispositions de la présente convention après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressées, là où de telles organisations existent, en cas de *force majeure* ou d'événements présentant un danger pour le bien-être national ou la sécurité nationale.

Article 9

1. La présente convention ne s'applique pas aux contrats passés avant l'entrée en vigueur de la convention pour le Membre intéressé.

2. La dénonciation de la convention n'affectera pas l'application des dispositions aux contrats passés avant que la dénonciation n'ait pris effet.

bezeichneten Landesteile Gebrauch machen.

3. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in der Folge nach Ablauf von jeweils höchstens drei Jahren nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, die Möglichkeit der Durchführung dieses Übereinkommens in den auf Grund von Abs. 1 ausgenommenen Landesteilen zu prüfen.

4. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in seinen späteren Jahresberichten die Landesteile zu bezeichnen, für die es auf das Recht verzichtet, von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch zu machen, und jeden in bezug auf die fortschreitende Durchführung dieses Übereinkommens in diesen Landesteilen gegebenenfalls verwirklichten Fortschritt anzugeben.

Artikel 8

Die zuständige Behörde kann mit der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, bei Vorliegen höherer Gewalt oder von das Staatswohl oder die Landessicherheit gefährdenden Notständen zeitweilig aussetzen.

Artikel 9

1. Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Verträge, die vor Inkrafttreten des Übereinkommens für das beteiligte Mitglied abgeschlossen worden sind.

2. Durch die Kündigung dieses Übereinkommens wird seine Durchführung in bezug auf die Verträge nicht berührt, die abgeschlossen worden sind, bevor die Kündigung wirksam wird.

Article 10

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 11

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 12

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraph 2 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate—

- (a) the territories in respect of which the Member concerned undertakes that the provisions of the Convention shall be applied without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied subject to modifications, together with details of the said modifications;
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;

Article 10

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 11

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 12

1. Les déclarations qui seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, conformément au paragraphe 2 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, devront faire connaître:

- a) les territoires pour lesquels le Membre intéressé s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées sans modification;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;
- c) les territoires auxquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;

Artikel 10

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 11

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 12

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gemäß Artikel 35 Abs. 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,

(d) the territories in respect of which it reserves its decision pending further consideration of the position.

2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may at any time by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservation made in its original declaration in virtue of subparagraph (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.

4. Any Member may, at any time at which the Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 14, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories as it may specify.

Article 13

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraphs 4 or 5 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate whether the provisions of the Convention will be applied in the territory concerned without modification or subject to modifications; when the declaration indicates that the provisions of the Convention will be applied subject to modifications, it shall give details of the said modifications.

2. The Member, Members or international authority concerned may at any time by a subsequent declaration renounce in whole or in part the right to have recourse to any modification indicated in any former declaration.

d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision en attendant un examen plus approfondi de la situation à l'égard desdits territoires.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés parties intégrantes de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle déclaration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) et d) du premier paragraphe du présent article.

4. Tout Membre pourra, pendant les périodes au cours desquelles la présente convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 14, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation dans des territoires déterminés.

Article 13

1. Les déclarations communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail conformément aux paragraphes 4 et 5 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail doivent indiquer si les dispositions de la convention seront appliquées dans le territoire avec ou sans modifications; lorsque la déclaration indique que les dispositions de la convention s'appliquent sous réserve de modifications, elle doit spécifier en quoi consistent lesdites modifications.

2. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront renoncer entièrement ou partiellement, par une déclaration ultérieure, au droit d'invoquer une modification indiquée dans une déclaration antérieure.

d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Abs. 1 a) und b) dieses Artikels gelten als wesentlicher Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Abs. 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 14 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 13

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Abs. 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiete mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. The Member, Members or international authority concerned may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 14, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of the application of the Convention.

Article 14

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 15

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications, declarations and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second rati-

3. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront, pendant les périodes au cours desquelles la convention peut être dénoncée, conformément aux dispositions de l'article 14, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes d'une déclaration antérieure et faisant connaître la situation en ce qui concerne l'application de cette convention.

Article 14

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 15

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications, déclarations et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 14 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkte bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 14

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatze genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrechte keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 15

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Ein-

fication communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 16

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications, declarations and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding articles.

Article 17

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 18

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 14 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 16

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications, de toutes déclarations et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Article 17

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 18

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 14 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;

tragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 16

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinigten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinigten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 17

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 18

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich, ohne Rücksicht auf Artikel 14; Voraussetzung ist dabei, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

(b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 19

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

Article 19

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

b) Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 19

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Übereinkommen (Nr. 95) über den Lohnschutz.

Convention concerning the Protection of Wages.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning the protection of wages, which is the seventh item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,
adopts this first day of July of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Convention, which may be cited as the Protection of Wages Convention, 1949:

Article 1

In this Convention, the term "wages" means remuneration or earnings, however designated or calculated, capable of being expressed in terms of money and fixed by mutual agreement or by national laws or regulations, which are payable in virtue of a written or unwritten contract of employment by an employer to an employed person for work done or to be done or for services rendered or to be rendered.

Convention concernant la protection du salaire.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à la protection du salaire, question qui constitue le septième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce premier jour de juillet mil neuf cent quarante-neuf, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur la protection du salaire, 1949.

Article 1

Aux fins de la présente convention, le terme «salaire» signifie, quels qu'en soient la dénomination ou le mode de calcul, la rémunération ou les gains susceptibles d'être évalués en espèces et fixés par accord ou par la législation nationale, qui sont dus en vertu d'un contrat de louage de services, écrit ou verbal, par un employeur à un travailleur, soit pour le travail effectué ou devant être effectué, soit pour les services rendus ou devant être rendus.

Übereinkommen (Nr. 95) über den Lohnschutz.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend den Lohnschutz, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den Lohnschutz, 1949, bezeichnet wird.

Artikel 1

Als „Lohn“ im Sinne dieses Übereinkommens gilt, ohne Rücksicht auf Bezeichnung oder Berechnungsart, das Entgelt oder der Verdienst, den ein Arbeitnehmer von einem Arbeitgeber auf Grund eines schriftlichen oder mündlichen Dienstvertrages für geleistete oder zu leistende Arbeit oder für geleistete oder zu leistende Dienste zu fordern hat, soweit dieses Entgelt oder diese Leistungen in Geld ausgedrückt werden können und durch Vereinbarung oder durch die Gesetzgebung bestimmt sind.

Article 2

1. This Convention applies to all persons to whom wages are paid or payable.

2. The competent authority may, after consultation with the organisations of employers and employed persons directly concerned, if such exist, exclude from the application of all or any of the provisions of the Convention categories of persons whose circumstances and conditions of employment are such that the application to them of all or any of the said provisions would be inappropriate and who are not employed in manual labour or are employed in domestic service or work similar thereto.

3. Each Member shall indicate in its first annual report upon the application of this Convention submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation any categories of persons which it proposes to exclude from the application of all or any of the provisions of the Convention in accordance with the provisions of the preceding paragraph; no Member shall, after the date of its first annual report, make exclusions except in respect of categories of persons so indicated.

4. Each Member having indicated in its first annual report categories of persons which it proposes to exclude from the application of all or any of the provisions of the Convention shall indicate in subsequent annual reports any categories of persons in respect of which it renounces the right to have recourse to the provisions of paragraph 2 of this Article and any progress which may have been made with a view to the

Article 2

1. La présente convention s'applique à toutes personnes auxquelles un salaire est payé ou payable.

2. L'autorité compétente, après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs, là où de telles organisations existent et y sont directement intéressées, pourra exclure de l'application de l'ensemble ou de certaines des dispositions de la présente convention, les catégories de personnes qui travaillent dans des circonstances et dans des conditions d'emploi telles que l'application de l'ensemble ou de certaines desdites dispositions ne conviendrait pas, et qui ne sont pas employées à des travaux manuels ou qui sont employées à des services domestiques ou à des occupations analogues.

3. Tout Membre doit indiquer, dans son premier rapport annuel à soumettre sur l'application de la présente convention en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, toute catégorie de personnes qu'il se propose d'exclure de l'application de l'ensemble ou de l'une des dispositions de la convention conformément aux termes du paragraphe précédent. Par la suite, aucun Membre ne pourra procéder à des exclusions, sauf en ce qui concerne les catégories de personnes ainsi indiquées.

4. Tout Membre ayant indiqué dans son premier rapport annuel les catégories de personnes qu'il se propose d'exclure de l'application de l'ensemble ou de l'une des dispositions de la présente convention doit indiquer, dans ses rapports ultérieurs, les catégories de personnes pour lesquelles il renonce au droit de recourir aux dispositions du paragraphe 2 du présent article, et tout progrès qui pourrait avoir été

Artikel 2

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf alle Personen, denen ein Lohn gezahlt wird oder gebührt.

2. Die zuständige Behörde kann nach Anhörung der unmittelbar beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, von der Durchführung dieses Übereinkommens die Gruppen von Personen ganz oder teilweise ausnehmen, die keine körperliche Arbeit verrichten oder in häuslichen Diensten oder in ähnlichen Beschäftigungen stehen und für welche die völlige oder teilweise Durchführung des Übereinkommens unter Berücksichtigung der Umstände und Bedingungen ihrer Beschäftigung untunlich wäre.

3. Jedes Mitglied hat in seinem ersten Jahresberichte, den es auf Grund von Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Durchführung dieses Übereinkommens vorzulegen hat, alle Gruppen der unter den bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen beschäftigten Personen anzugeben, die das Mitglied auf Grund des vorigen Absatzes von der Durchführung des Übereinkommens ganz oder teilweise auszunehmen beabsichtigt. In der Folge darf kein Mitglied Ausnahmen für andere als die in dieser Weise bezeichneten Gruppen von Personen vorsehen.

4. Jedes Mitglied, das in seinem ersten Jahresberichte die Gruppen der Personen angegeben hat, die es von der Durchführung dieses Übereinkommens ganz oder teilweise auszunehmen beabsichtigt, hat in seinen späteren Jahresberichten die Gruppen der Personen anzugeben, für die es auf das Recht der Inanspruchnahme der Bestimmungen von Abs. 2 dieses Artikels verzichtet, sowie mitzuteilen, inwieweit gegebenen-

application of the Convention to such categories of persons.

Article 3

1. Wages payable in money shall be paid only in legal tender, and payment in the form of promissory notes, vouchers or coupons, or in any other form alleged to represent legal tender, shall be prohibited.

2. The competent authority may permit or prescribe the payment of wages by bank cheque or postal cheque or money order in cases in which payment in this manner is customary or is necessary because of special circumstances, or where a collective agreement or arbitration award so provides, or, where not so provided, with the consent of the worker concerned.

Article 4

1. National laws or regulations, collective agreements or arbitration awards may authorise the partial payment of wages in the form of allowances in kind in industries or occupations in which payment in the form of such allowances is customary or desirable because of the nature of the industry or occupation concerned; the payment of wages in the form of liquor of high alcoholic content or of noxious drugs shall not be permitted in any circumstances.

2. In cases in which partial payment of wages in the form of allowances in kind is authorised, appropriate measures shall be taken to ensure that—

(a) such allowances are appropriate for the personal use and benefit of the worker and his family; and

(b) the value attributed to such allowances is fair and reasonable.

effectué en vue de l'application de la présente convention à ces catégories de personnes.

Article 3

1. Les salaires payables en espèces seront payés exclusivement en monnaie ayant cours légal, et le paiement sous forme de billets à ordre, de bons, de coupons ou sous toute autre forme censée représenter la monnaie ayant cours légal sera interdit.

2. L'autorité compétente pourra permettre ou prescrire le paiement du salaire par chèque tiré sur une banque ou par chèque ou mandat postal, lorsque ce mode de paiement est de pratique courante ou est nécessaire en raison de circonstances spéciales, lorsqu'une convention collective ou une sentence arbitrale le prévoit ou lorsque, à défaut de telles dispositions, le travailleur intéressé y consent.

Article 4

1. La législation nationale, les conventions collectives ou les sentences arbitrales peuvent permettre le paiement partiel du salaire en nature dans les industries ou professions où ce mode de paiement est de pratique courante ou souhaitable en raison de la nature de l'industrie ou de la profession en cause. Le paiement du salaire sous forme de spiritueux ou de drogues nuisibles ne sera admis en aucun cas.

2. Dans les cas où le paiement partiel du salaire en nature est autorisé, des mesures appropriées seront prises pour que:

a) les prestations en nature servent à l'usage personnel du travailleur et de sa famille et soient conformes à leur intérêt;

b) la valeur attribuée à ces prestations soit juste et raisonnable.

falls Fortschritte zur Durchführung dieses Übereinkommens für diese Gruppen von Personen verwirklicht worden sind.

Artikel 3

1. Barlöhne dürfen nur in der gesetzlichen Währung ausbezahlt werden. Die Lohnzahlung mittels Schuldscheinen, Gutscheinen, Coupons oder irgendwelchen anderen Zahlungsmitteln, welche die gesetzliche Währung ersetzen sollen, ist zu verbieten.

2. Die zuständige Behörde kann die Lohnzahlung mittels Bankscheck, Postscheck oder Postanweisung zulassen oder vorschreiben, falls eine solche Zahlungsart üblich oder besonderer Umstände wegen notwendig oder falls sie durch Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch festgesetzt ist oder wenn mangels solcher Bestimmungen der beteiligte Arbeitnehmer sich damit einverstanden erklärt.

Artikel 4

1. Durch die Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch kann zugelassen werden, daß die Löhne in den Industrien oder Berufen, in denen es üblich oder unter Berücksichtigung der Art der betreffenden Industrie oder des betreffenden Berufes erwünscht ist, zum Teil durch Sachleistungen abgegolten werden dürfen; Lohnzahlung in Form von Getränken mit hohem Alkoholgehalt oder von Rauschgiften darf jedoch unter keinen Umständen gestattet werden.

2. Falls die teilweise Abgeltung der Löhne durch Sachleistungen statthaft ist, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit

a) die Sachleistungen dem persönlichen Gebrauche des Arbeitnehmers und seiner Familie dienen und den Bedürfnissen dieser Personen angepaßt sind,

b) der Wert dieser Leistungen gerecht und angemessen berechnet wird.

Article 5

Wages shall be paid directly to the worker concerned except as may be otherwise provided by national laws or regulations, collective agreement or arbitration award or where the worker concerned has agreed to the contrary.

Article 6

Employers shall be prohibited from limiting in any manner the freedom of the worker to dispose of his wages.

Article 7

1. Where works stores for the sale of commodities to the workers are established or services are operated in connection with an undertaking, the workers concerned shall be free from any coercion to make use of such stores or services.

2. Where access to other stores or services is not possible, the competent authority shall take appropriate measures with the object of ensuring that goods are sold and services provided at fair and reasonable prices, or that stores established and services operated by the employer are not operated for the purpose of securing a profit but for the benefit of the workers concerned.

Article 8

1. Deductions from wages shall be permitted only under conditions and to the extent prescribed by national laws or regulations or fixed by collective agreement or arbitration award.

2. Workers shall be informed, in the manner deemed most appropriate by the competent authority, of the conditions under which and the extent to which such deductions may be made.

Article 5

Le salaire sera payé directement au travailleur intéressé, à moins que la législation nationale, une convention collective ou une sentence arbitrale n'en dispose autrement ou que le travailleur intéressé n'accepte un autre procédé.

Article 6

Il est interdit à l'employeur de restreindre de quelque manière que ce soit la liberté du travailleur de disposer de son salaire à son gré.

Article 7

1. Lorsqu'il est créé, dans le cadre d'une entreprise, des éconômats pour vendre des marchandises aux travailleurs ou des services destinés à leur fournir des prestations, aucune contrainte ne sera exercée sur les travailleurs intéressés pour qu'ils fassent usage de ces éconômats ou services.

2. Lorsqu'il n'est pas possible d'accéder à d'autres magasins ou services, l'autorité compétente prendra des mesures appropriées tendant à obtenir que les marchandises soient vendues et que les services soient fournis à des prix justes et raisonnables, ou que les éconômats ou services établis par l'employeur ne soient pas exploités dans le but d'en retirer un bénéfice mais dans l'intérêt des travailleurs intéressés.

Article 8

1. Des retenues sur les salaires ne seront autorisées que dans des conditions et limites prescrites par la législation nationale ou fixées par une convention collective ou une sentence arbitrale.

2. Les travailleurs devront être informés, de la façon que l'autorité compétente considérera comme la plus appropriée, des conditions et des limites dans lesquelles de telles retenues pourront être effectuées.

Artikel 5

Der Lohn ist dem beteiligten Arbeitnehmer selbst auszubezahlen, außer wenn auf Grund der Gesetzgebung, eines Gesamtarbeitsvertrages oder Schiedsspruches andere Bestimmungen gelten oder sich der beteiligte Arbeitnehmer mit einem anderen Verfahren einverstanden erklärt.

Artikel 6

Dem Arbeitgeber ist es untersagt, die Verfügungsfreiheit des Arbeitnehmers über seinen Lohn in irgendeiner Weise zu beschränken.

Artikel 7

1. Falls in einem Betriebe Läden zum Verkaufe von Waren an die Arbeitnehmer oder Dienste bestehen, deren Leistungen für diese bestimmt sind, so darf auf die Arbeitnehmer keinerlei Zwang zur Inanspruchnahme dieser Läden oder Dienste ausgeübt werden.

2. Sofern keine anderen Läden oder Dienste zur Verfügung stehen, hat die zuständige Behörde durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß der Verkauf der Waren und die Leistung der Dienste zu gerechten und angemessenen Preisen erfolgt oder daß die vom Arbeitgeber eingerichteten Läden oder Dienste nicht auf Gewinn gerichtet sind, sondern im Interesse der beteiligten Arbeitnehmer betrieben werden.

Artikel 8

1. Lohnabzüge dürfen nur unter den Bedingungen und in den Grenzen zugelassen werden, die von der Gesetzgebung vorgeschrieben oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch bestimmt sind.

2. Die Arbeitnehmer sind in der nach Ermessen der zuständigen Behörde am besten geeigneten Weise davon in Kenntnis zu setzen, unter welchen Bedingungen und in welchen Grenzen solche Abzüge vorgenommen werden dürfen.

Article 9

Any deduction from wages with a view to ensuring a direct or indirect payment for the purpose of obtaining or retaining employment, made by a worker to an employer or his representative or to any intermediary (such as a labour contractor or recruiter), shall be prohibited.

Article 9

Est interdite toute retenue sur les salaires dont le but est d'assurer un paiement direct ou indirect par un travailleur à un employeur, à son représentant ou à un intermédiaire quelconque (tel qu'un agent chargé de recruter la main-d'oeuvre) en vue d'obtenir ou de conserver un emploi.

Artikel 9

Zu verbieten ist jeder Lohnabzug zu dem Zweck, einem Arbeitgeber, dessen Vertreter oder irgendeiner Mittelsperson (zum Beispiel einem mit der Anwerbung von Arbeitskräften beauftragten Agenten) eine unmittelbare oder mittelbare Zahlung seitens eines Arbeitnehmers zu verschaffen, damit dieser eine Beschäftigung erlangt oder beibehält.

Article 10

1. Wages may be attached or assigned only in a manner and within limits prescribed by national laws or regulations.

2. Wages shall be protected against attachment or assignment to the extent deemed necessary for the maintenance of the worker and his family.

Article 10

1. Le salaire ne pourra faire l'objet de saisie ou de cession que selon les modalités et dans les limites prescrites par la législation nationale.

2. Le salaire doit être protégé contre la saisie ou la cession dans la mesure jugée nécessaire pour assurer l'entretien du travailleur et de sa famille.

Artikel 10

1. Die Pfändung oder Abtretung des Lohnes ist nur unter den Bedingungen und in den Grenzen zulässig, welche die Gesetzgebung vorschreibt.

2. Der Lohn ist in dem für den Unterhalt des Arbeitnehmers und seiner Familie notwendig erachteten Ausmaße gegen Pfändung oder Abtretung zu schützen.

Article 11

1. In the event of the bankruptcy or judicial liquidation of an undertaking, the workers employed therein shall be treated as privileged creditors either as regards wages due to them for service rendered during such a period prior to the bankruptcy or judicial liquidation as may be prescribed by national laws or regulations, or as regards wages up to a prescribed amount as may be determined by national laws or regulations.

2. Wages constituting a privileged debt shall be paid in full before ordinary creditors may establish any claim to a share of the assets.

3. The relative priority of wages constituting a privileged debt and other privileged debts shall be determined by national laws or regulations.

Article 11

1. En cas de faillite ou de liquidation judiciaire d'une entreprise, les travailleurs employés dans celle-ci auront rang de créanciers privilégiés soit pour les salaires qui leur sont dus au titre de services fournis au cours d'une période antérieure à la faillite ou à la liquidation et qui sera prescrite par la législation nationale, soit pour les salaires qui ne dépassent pas un montant prescrit par la législation nationale.

2. Le salaire constituant une créance privilégiée sera payé intégralement avant que les créanciers ordinaires ne puissent revendiquer leur quote-part.

3. L'ordre de priorité de la créance privilégiée constituée par le salaire, par rapport aux autres créances privilégiées, doit être déterminé par la législation nationale.

Artikel 11

1. Im Falle des Konkurses oder der gerichtlichen Liquidation eines Unternehmens gelten die dort beschäftigten Arbeitnehmer als bevorrechtete Gläubiger in bezug auf die Löhne, die ihnen für ihre Dienstleistung während eines dem Konkurs oder der Liquidation vorangehenden, durch die Gesetzgebung bemessenen Zeitabschnittes gebühren oder in bezug auf die Löhne, die einen durch die Gesetzgebung festgesetzten Betrag nicht übersteigen.

2. Löhne, die eine bevorrechtete Schuld bilden, müssen voll ausbezahlt werden, bevor die gewöhnlichen Gläubiger ihre anteilmäßigen Ansprüche geltend machen können.

3. Die Gesetzgebung bestimmt den Rang der eine bevorrechtete Schuld bildenden Lohnansprüche gegenüber den anderen bevorrechteten Schulden.

Article 12

1. Wages shall be paid regularly. Except where other appropriate arrangements exist

Article 12

1. Le salaire sera payé à intervalles réguliers. A moins qu'il n'existe d'autres arrangements

Artikel 12

1. Der Lohn muß in regelmäßigen Zeitabschnitten bezahlt werden. Sofern die Lohn-

which ensure the payment of wages at regular intervals, the intervals for the payment of wages shall be prescribed by national laws or regulations or fixed by collective agreement or arbitration award.

2. Upon the termination of a contract of employment, a final settlement of all wages due shall be effected in accordance with national laws or regulations, collective agreement or arbitration award or, in the absence of any applicable law, regulation, agreement or award, within a reasonable period of time having regard to the terms of the contract.

Article 13

1. The payment of wages where made in cash shall be made on working days only and at or near the workplace, except as may be otherwise provided by national laws or regulations, collective agreement or arbitration award, or where other arrangements known to the workers concerned are considered more appropriate.

2. Payment of wages in taverns or other similar establishments and, where necessary to prevent abuse, in shops or stores for the retail sale of merchandise and in places of amusement shall be prohibited except in the case of persons employed therein.

Article 14

Where necessary, effective measures shall be taken to ensure that workers are informed, in an appropriate and easily understandable manner—

- (a) before they enter employment and when any changes take place, of the conditions in respect of wages under which they are employed; and
- (b) at the time of each payment of wages, of the

satisfaisants qui assurent le paiement du salaire à des intervalles réguliers, les intervalles auxquels le salaire doit être payé seront prescrits par la législation nationale ou fixés par une convention collective ou une sentence arbitrale.

2. Lorsque le contrat de travail prend fin, le règlement final de la totalité du salaire dû sera effectué conformément à la législation nationale, à une convention collective ou à une sentence arbitrale, ou, à défaut d'une telle législation, d'une telle convention ou d'une telle sentence, dans un délai raisonnable, compte tenu des dispositions du contrat.

Article 13

1. Le paiement du salaire, lorsqu'il est fait en espèces, sera effectué les jours ouvrables seulement, et au lieu du travail ou à proximité de celui-ci, à moins que la législation nationale, une convention collective ou une sentence arbitrale n'en dispose autrement ou que d'autres arrangements dont les travailleurs intéressés auront eu connaissance paraissent plus appropriés.

2. Le paiement du salaire est interdit dans les débits de boissons ou autres établissements similaires et, si la prévention des abus l'exige, dans les magasins de vente au détail et dans les lieux de divertissement, sauf lorsqu'il s'agit de personnes occupées dans lesdits établissements.

Article 14

S'il y a lieu, des mesures efficaces seront prises en vue d'informer les travailleurs d'une manière appropriée et facilement compréhensible:

- a) des conditions de salaire qui leur seront applicables, et cela avant qu'ils ne soient affectés à un emploi ou à l'occasion de tous changements dans ces conditions;
- b) lors de chaque paiement de salaire, des éléments

zahlung in regelmäßigen Zeitabschnitten nicht auf andere Weise befriedigend gewährleistet ist, sind diese Zeitabschnitte durch die Gesetzgebung vorzuschreiben oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch zu bestimmen.

2. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat die Schlußabrechnung über den gesamten geschuldeten Lohn nach den Vorschriften der Gesetzgebung oder den Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages oder Schiedsspruches oder, mangels solcher Vorschriften oder Bestimmungen, innerhalb einer unter Berücksichtigung der Vertragsbestimmungen angemessenen Frist zu erfolgen.

Artikel 13

1. Barlöhne sind an Werktagen an der Arbeitsstätte oder in deren Nähe auszuzahlen, außer wenn die Gesetzgebung oder ein Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch andere Bestimmungen vorsieht oder wenn eine andere, dem Arbeitnehmer bekannte Regelung zweckmäßiger erscheint.

2. Die Lohnzahlung in Schenken oder an anderen ähnlichen Orten und, falls die Verhütung von Mißbräuchen es erfordert, in Läden und Vergnügungstätten ist zu verbieten, außer es handle sich um Personen, die dort beschäftigt sind.

Artikel 14

Falls es notwendig ist, sind wirksame Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitnehmern in angemessener und leicht verständlicher Weise Kenntnis zu geben

- a) von den für sie geltenden Lohnbedingungen, und zwar bevor sie eine Stelle antreten sowie bei jeder Änderung dieser Bedingungen,
- b) bei jeder Lohnzahlung von den Lohnbestandtei-

particulars of their wages for the pay period concerned, in so far as such particulars may be subject to change.

Article 15

The laws or regulations giving effect to the provisions of this Convention shall—

- (a) be made available for the information of persons concerned;
- (b) define the persons responsible for compliance therewith;
- (c) prescribe adequate penalties or other appropriate remedies for any violation thereof;
- (d) provide for the maintenance, in all appropriate cases, of adequate records in an approved form and manner.

Article 16

There shall be included in the annual reports to be submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation full information concerning the measures by which effect is given to the provisions of this Convention.

Article 17

1. In the case of a Member the territory of which includes large areas where, by reason of the sparseness of the population or the stage of development of the area, the competent authority considers it impracticable to enforce the provisions of this Convention, the authority may, after consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, exempt such areas from the application of this Convention either generally or with such exceptions in respect of particular undertakings or occupations as it thinks fit.

constituant leur salaire pour la période de paie considérée, dans la mesure où ces éléments sont susceptibles de varier.

Article 15

La législation donnant effet aux dispositions de la présente convention doit:

- a) être portée à la connaissance des intéressés;
- b) préciser les personnes chargées d'en assurer l'exécution;
- c) prescrire des sanctions appropriées en cas d'infraction;
- d) prévoir, dans tous les cas où il y a lieu, la tenue d'états suivant une forme et une méthode appropriées.

Article 16

Les rapports annuels qui doivent être présentés aux termes de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail contiendront des renseignements complets sur les mesures donnant effet aux dispositions de la présente convention.

Article 17

1. Lorsque le territoire d'un Membre comprend de vastes régions où, en raison du caractère clairsemé de la population ou de l'état de leur développement, l'autorité compétente estime impracticable d'appliquer les dispositions de la présente convention, elle peut, après consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs intéressées, là où de telles organisations existent, exempter lesdites régions de l'application de la convention, soit d'une manière générale, soit avec les exceptions qu'elle juge appropriées à l'égard de certaines entreprises ou de certains travaux.

len für die betreffende Lohnperiode, soweit diese Bestandteile veränderlich sind.

Artikel 15

Die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung dieses Übereinkommens müssen

- a) den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden,
- b) die Personen bezeichnen, die für die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich sind,
- c) angemessene Strafen für Übertretung festsetzen,
- d) vorsehen, daß in allen Fällen, in denen es angezeigt ist, Aufzeichnungen in einer angemessenen Form und nach einem angemessenen Verfahren gemacht werden.

Artikel 16

Die Jahresberichte nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation müssen vollständige Angaben über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen enthalten.

Artikel 17

1. Umfaßt das Gebiet eines Mitgliedes ausgedehnte Landesteile, in denen die zuständige Behörde die Bestimmungen dieses Übereinkommens wegen der Spärlichkeit der Bevölkerung oder des Grades ihrer Entwicklung für undurchführbar hält, so kann sie diese Landesteile nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, von der Durchführung des Übereinkommens entweder allgemein oder mit den ihr angemessen erscheinenden Ausnahmen in bezug auf bestimmte Betriebe oder Arbeiten befreien.

2. Each Member shall indicate in its first annual report upon the application of this Convention submitted under Article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation any areas in respect of which it proposes to have recourse to the provisions of the present Article and shall give the reasons for which it proposes to have recourse thereto; no Member shall, after the date of its first annual report, have recourse to the provisions of the present Article except in respect of areas so indicated.

3. Each Member having recourse to the provisions of this Article shall, at intervals not exceeding three years, reconsider in consultation with the organisations of employers and workers concerned, where such exist, the practicability of extending the application of the Convention to areas exempted in virtue of paragraph 1.

4. Each Member having recourse to the provisions of this Article shall indicate in subsequent annual reports any areas in respect of which it renounces the right to have recourse to the provisions of this Article and any progress which may have been made with a view to the progressive application of the Convention in such areas.

Article 18

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 19

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on

2. Tout Membre doit indiquer, dans son premier rapport annuel à soumettre sur l'application de la présente convention en vertu de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, toute région pour laquelle il se propose d'avoir recours aux dispositions du présent article, et doit donner les raisons pour lesquelles il se propose d'avoir recours à ces dispositions. Par la suite, aucun Membre ne pourra recourir aux dispositions du présent article, sauf en ce qui concerne les régions qu'il aura ainsi indiquées.

3. Tout Membre recourant aux dispositions du présent article doit reconsidérer, à des intervalles n'excédant pas trois années et en consultation avec les organisations d'employeurs et de travailleurs intéressées, là où de telles organisations existent, la possibilité d'étendre l'application de la présente convention aux régions exemptées en vertu du paragraphe 1.

4. Tout Membre recourant aux dispositions du présent article doit indiquer, dans ses rapports annuels ultérieurs, les régions pour lesquelles il renonce au droit de recourir auxdites dispositions, et tout progrès qui pourra avoir été effectué en vue de l'application progressive de la présente convention dans de telles régions.

Article 18

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 19

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifi-

2. Jedes Mitglied hat in seinem ersten Jahresberichte, den es auf Grund von Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Durchführung dieses Übereinkommens vorzulegen hat, alle Landesteile, für die es von diesem Artikel Gebrauch zu machen beabsichtigt, unter Angabe der Gründe hierfür zu bezeichnen. In der Folge darf kein Mitglied von diesem Artikel für andere als die in dieser Weise bezeichneten Landesteile Gebrauch machen.

3. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in der Folge nach Ablauf von jeweils höchstens drei Jahren, nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, die Möglichkeit der Durchführung dieses Übereinkommens für die auf Grund von Abs. 1 ausgenommenen Landesteile zu prüfen.

4. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in seinen späteren Jahresberichten die Landesteile zu bezeichnen, für die es auf das Recht verzichtet, von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch zu machen, und jeden in bezug auf die fortschreitende Durchführung dieses Übereinkommens in diesen Landesteilen gegebenenfalls verwirklichten Fortschritt anzugeben.

Artikel 18

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 19

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen

which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 20

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraph 2 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate—

- (a) the territories in respect of which the Member concerned undertakes that the provisions of the Convention shall be applied without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied subject to modifications, together with details of the said modifications;
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;
- (d) the territories in respect of which it reserves its decision pending further consideration of the position.

2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may at any time by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservation made in its original declaration in virtue of subparagraphs (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.

4. Any Member may, at any time at which the Convention

cations de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 20

1. Les déclarations qui seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, conformément au paragraphe 2 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, devront faire connaître:

- a) les territoires pour lesquels le Membre intéressé s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées sans modification;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;
- c) les territoires auxquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;
- d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision en attendant un examen plus approfondi de la situation à l'égard desdits territoires.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés parties intégrantes de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle déclaration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) et d) du premier paragraphe du présent article.

4. Tout Membre pourra, pendant les périodes au cours

zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 20

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gemäß Artikel 35 Abs. 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Abs. 1 a) und b) dieses Artikels gelten als wesentlicher Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Abs. 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeit-

is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 22, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories as it may specify.

Article 21

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraphs 4 or 5 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate whether the provisions of the Convention will be applied in the territory concerned without modification or subject to modifications; when the declaration indicates that the provisions of the Convention will be applied subject to modifications, it shall give details of the said modifications.

2. The Member, Members or international authority concerned may at any time by a subsequent declaration renounce in whole or in part the right to have recourse to any modification indicated in any former declaration.

3. The Member, Members or international authority concerned may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 22, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of the application of the Convention.

Article 22

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first co-

desquelles la présente convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 22, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation dans des territoires déterminés.

Article 21

1. Les déclarations communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail conformément aux paragraphes 4 et 5 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail doivent indiquer si les dispositions de la convention seront appliquées dans le territoire avec ou sans modifications; lorsque la déclaration indique que les dispositions de la convention s'appliquent sous réserve de modifications, elle doit spécifier en quoi consistent lesdites modifications.

2. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront renoncer entièrement ou partiellement, par une déclaration ultérieure, au droit d'invoquer une modification indiquée dans une déclaration antérieure.

3. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront, pendant les périodes au cours desquelles la convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 22, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes d'une déclaration antérieure et faisant connaître la situation en ce qui concerne l'application de cette convention.

Article 22

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur

punkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 22 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 21

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Abs. 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiete mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 22 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkte bestehende Lage in Bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 22

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in

mes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 23

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications, declarations and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 24

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications, declarations and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding articles.

initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 23

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications, déclarations et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 24

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications, de toutes déclarations et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrechte keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 23

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 24

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorangehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Article 25

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 26

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

(a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 22 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

(b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 27

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

Article 25

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 26

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 22 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;

b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.

Article 27

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Artikel 25

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 26

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich, ohne Rücksicht auf Artikel 22; Voraussetzung ist dabei, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neu gefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 27

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Übereinkommen (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen.

Convention concerning the application of the principles of the right to organise and to bargain collectively.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning the application of the principles of the right to organise and to bargain collectively, which is the fourth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this first day of July of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Convention, which may be cited as the Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949:

Article 1

1. Workers shall enjoy adequate protection against acts of anti-union discrimination in respect of their employment.

Convention concernant l'application des principes du droit d'organisation et de négociation collective.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à l'application des principes du droit d'organisation et de négociation collective, question qui constitue le quatrième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce premier jour de juillet mil neuf cent quarante-neuf, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur le droit d'organisation et de négociation collective, 1949:

Article 1

1. Les travailleurs doivent bénéficier d'une protection adéquate contre tous actes de discrimination tendant à porter atteinte à la liberté syndicale en matière d'emploi.

Übereinkommen (Nr. 98) über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Die Arbeitnehmer sind vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung, die im Zusammenhange mit ihrer Beschäftigung steht, angemessen zu schützen.

2. Such protection shall apply more particularly in respect of acts calculated to—

- (a) make the employment of a worker subject to the condition that he shall not join a union or shall relinquish trade union membership;
- (b) cause the dismissal of or otherwise prejudice a worker by reason of union membership or because of participation in union activities outside working hours or, with the consent of the employer, within working hours.

Article 2

1. Workers' and employers' organisations shall enjoy adequate protection against any acts of interference by each other or each other's agents or members in their establishment, functioning or administration.

2. In particular, acts which are designed to promote the establishment of worker's organisations under the domination of employers or employers' organisations, or to support workers' organisations by financial or other means, with the object of placing such organisations under the control of employers or employers' organisations, shall be deemed to constitute acts of interference within the meaning of this Article.

Article 3

Machinery appropriate to national conditions shall be established, where necessary, for the purpose of ensuring respect for the right to organise as defined in the preceding articles.

2. Une telle protection doit notamment s'appliquer en ce qui concerne les actes ayant pour but de:

- a) subordonner l'emploi d'un travailleur à la condition qu'il ne s'affilie pas à un syndicat ou cesse de faire partie d'un syndicat;
- b) congédier un travailleur ou lui porter préjudice par tous autres moyens, en raison de son affiliation syndicale ou de sa participation à des activités syndicales en dehors des heures de travail ou, avec le consentement de l'employeur, durant les heures de travail.

Article 2

1. Les organisations de travailleurs et d'employeurs doivent bénéficier d'une protection adéquate contre tous actes d'ingérence des uns à l'égard des autres, soit directement, soit par leurs agents ou membres, dans leur formation, leur fonctionnement et leur administration.

2. Sont notamment assimilées à des actes d'ingérence au sens du présent article des mesures tendant à provoquer la création d'organisations de travailleurs dominées par un employeur ou une organisation d'employeurs, ou à soutenir des organisations de travailleurs par des moyens financiers ou autrement, dans le dessein de placer ces organisations sous le contrôle d'un employeur ou d'une organisation d'employeurs.

Article 3

Des organismes appropriés aux conditions nationales doivent, si nécessaire, être institués pour assurer le respect du droit d'organisation défini par les articles précédents.

2. Dieser Schutz ist insbesondere gegenüber Handlungen zu gewähren, die darauf gerichtet sind,

- a) die Beschäftigung eines Arbeitnehmers davon abhängig zu machen, daß er keiner Gewerkschaft beitrifft oder aus einer Gewerkschaft austritt;
- b) einen Arbeitnehmer zu entlassen oder auf sonstige Weise zu benachteiligen, weil er einer Gewerkschaft angehört oder weil er sich außerhalb der Arbeitszeit oder mit Zustimmung des Arbeitgebers während der Arbeitszeit gewerkschaftlich betätigt.

Artikel 2

1. Den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist in bezug auf ihre Bildung, Tätigkeit und Verwaltung gebührender Schutz gegen jede Einmischung von der anderen Seite, sowohl seitens der Organisationen wie auch ihrer Vertreter oder Mitglieder, zu gewähren.

2. Als Einmischung im Sinne dieses Artikels gelten insbesondere Handlungen, die darauf gerichtet sind, von einem Arbeitgeber oder von einer Organisation von Arbeitgebern abhängige Organisationen von Arbeitnehmern ins Leben zu rufen oder Organisationen von Arbeitnehmern durch Geldmittel oder auf sonstige Weise zu unterstützen, um sie unter den Einfluß eines Arbeitgebers oder einer Organisation von Arbeitgebern zu bringen.

Artikel 3

Soweit erforderlich, sind den Landesverhältnissen angepaßte Einrichtungen zu schaffen, um den Schutz des Vereinigungsrechtes im Sinne der vorangehenden Artikel zu gewährleisten.

Article 4

Measures appropriate to national conditions shall be taken, where necessary, to encourage and promote the full development and utilisation of machinery for voluntary negotiation between employers or employers' organisations and workers' organisations, with a view to the regulation of terms and conditions of employment by means of collective agreements.

Article 4

Des mesures appropriées aux conditions nationales doivent, si nécessaire, être prises pour encourager et promouvoir le développement et l'utilisation les plus larges de procédures de négociation volontaire de conventions collectives entre les employeurs et les organisations d'employeurs d'une part, et les organisations de travailleurs d'autre part, en vue de régler par ce moyen les conditions d'emploi.

Artikel 4

Soweit erforderlich, sind den Landesverhältnissen angepaßte Maßnahmen zu treffen, um im weitesten Umfang Entwicklung und Anwendung von Verfahren zu fördern, durch die Arbeitgeber oder Organisationen von Arbeitgebern einerseits und Organisationen von Arbeitnehmern anderseits freiwillig über den Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln können.

Article 5

1. The extent to which the guarantees provided for in this Convention shall apply to the armed forces and the police shall be determined by national laws or regulations.

2. In accordance with the principle set forth in paragraph 8 of Article 19 of the Constitution of the International Labour Organisation the ratification of this Convention by any Member shall not be deemed to affect any existing law, award, custom or agreement in virtue of which members of the armed forces or the police enjoy any right guaranteed by this Convention.

Article 5

1. La mesure dans laquelle les garanties prévues par la présente convention s'appliqueront aux forces armées ou à la police sera déterminée par la législation nationale.

2. Conformément aux principes établis par le paragraphe 8 de l'article 19 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, la ratification de cette convention par un Membre ne devra pas être considérée comme affectant toute loi, toute sentence, toute coutume ou tout accord déjà existants qui accordent aux membres des forces armées et de la police des garanties prévues par la présente convention.

Artikel 5

1. Die Gesetzgebung bestimmt, inwieweit die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte auf das Heer und die Polizei Anwendung finden.

2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied läßt bereits bestehende Gesetze, Entscheidungen, Gewohnheiten oder Vereinbarungen, die den Angehörigen des Heeres und der Polizei irgendwelche in diesem Übereinkommen vorgesehene Rechte einräumen, gemäß dem Grundsatz des Artikels 19, Abs. 8, der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation unberührt.

Article 6

This Convention does not deal with the position of public servants engaged in the administration of the State, nor shall it be construed as prejudicing their rights or status in any way.

Article 6

La présente convention ne traite pas de la situation des fonctionnaires publics et ne pourra, en aucune manière, être interprétée comme portant préjudice à leurs droits ou à leur statut.

Artikel 6

Dieses Übereinkommen läßt die Stellung der öffentlichen Beamten unberührt und darf in keinem für die Rechte und die Rechtsstellung dieser Beamten irgendwie nachteiligen Sinn ausgelegt werden.

Article 7

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 7

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Article 8

1. This Convention shall be binding only upon those

Article 8

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Or-

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder

Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 9

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraph 2 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate—

- (a) the territories in respect of which the Member concerned undertakes that the provisions of the Convention shall be applied without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied subject to modifications, together with details of the said modifications;
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;
- (d) the territories in respect of which it reserves its decision pending further consideration of the position.

2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may at any time by a subsequent declara-

ganisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 9

1. Les déclarations qui seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, conformément au paragraphe 2 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, devront faire connaître:

- a) les territoires pour lesquels le Membre intéressé s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées sans modification;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;
- c) les territoires auxquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;
- d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision en attendant un examen plus approfondi de la situation à l'égard desdits territoires.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés parties intégrantes de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle dé-

claration internationale du Travail, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gemäß Artikel 35, Abs. 2, der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Abs. 1 a und b dieses Artikels gelten als wesentlicher Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung

tion cancel in whole or in part any reservation made in its original declaration in virtue of subparagraph (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.

4. Any Member may, at any time at which the Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 11, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories as it may specify.

Article 10

1. Déclarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraphs 4 or 5 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate whether the provisions of the Convention will be applied in the territory concerned without modification or subject to modifications; when the declaration indicates that the provisions of the Convention will be applied subject to modifications, it shall give details of the said modifications.

2. The Member, Members or international authority concerned may at any time by a subsequent declaration renounce in whole or in part the right to have recourse to any modification indicated in any former declaration.

3. The Member, Members or international authority concerned may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 11, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of the application of the Convention.

claration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) et d) du premier paragraphe du présent article.

4. Tout Membre pourra, pendant les périodes au cours desquelles la présente convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 11, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation dans des territoires déterminés.

Article 10

1. Les déclarations communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail conformément aux paragraphes 4 et 5 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail doivent indiquer si les dispositions de la convention seront appliquées dans le territoire avec ou sans modifications; lorsque la déclaration indique que les dispositions de la convention s'appliquent sous réserve de modifications, elle doit spécifier en quoi consistent lesdites modifications.

2. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront renoncer entièrement ou partiellement, par une déclaration ultérieure, au droit d'invoquer une modification indiquée dans une déclaration antérieure.

3. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront, pendant les périodes au cours desquelles la convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 11, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes d'une déclaration antérieure et faisant connaître la situation en ce qui concerne l'application de cette convention.

nach Abs. 1 b, c und d dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 11 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 10

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Abs. 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiete mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 11 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkte bestehende Lage in Bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Article 11

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 12

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications, declarations and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 13

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United

Article 11

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 12

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications, déclarations et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 13

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Na-

Artikel 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatze genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrechte keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 12

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 13

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinigten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinigten Nationen vollständige

Nations full particulars of all ratifications, declarations and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding articles.

Article 14

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision, in whole or in part.

Article 15

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 11 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;
- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

tions Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications, de toutes déclarations et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Article 14

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa revision totale ou partielle.

Article 15

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant revision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant revision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 14 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant revision soit entrée en vigueur;
- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 14

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und darüber zu entscheiden, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 15

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich, ohne Rücksicht auf Artikel 11; Voraussetzung ist dabei, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Article 16

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

Article 16

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Artikel 16

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Empfehlung (Nr. 84), betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen.

Recommendation concerning labour clauses in public contracts.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning labour clauses in public contracts, which is the sixth item on the agenda of the session, and

Having decided that these proposals shall take the form of a Recommendation supplementing the Labour Clauses (Public Contracts) Convention, 1949,

adopts this twenty-ninth day of June of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Recommendation, which may be cited as the Labour Clauses (Public Contracts) Recommendation, 1949:

The Conference recommends that each Member should apply the following provisions as rapidly as national conditions allow and report to the International Labour Office as

Recommandation concernant les clauses de travail dans les contrats passés par une autorité publique.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux clauses de travail dans les contrats passés par une autorité publique, question qui constitue le sixième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une recommandation complétant la Convention sur les clauses de travail (contrats publics), 1949,

adopte, ce vingt-neuvième jour de juin mil neuf cent quarante-neuf, la recommandation ci-après, qui sera dénommée Recommandation sur les clauses de travail (contrats publics), 1949:

La Conférence recommande aux Membres d'appliquer les dispositions suivantes, aussitôt que les conditions nationales le permettront, et de présenter au Bureau international du

Empfehlung (Nr. 84), betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen, eine Frage, die den sechsten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form einer Empfehlung zur Ergänzung des Übereinkommens über die Arbeitsklauseln (öffentliche Verträge), 1949, erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 29. Juni 1949, die folgende Empfehlung an, die als Empfehlung, betreffend die Arbeitsklauseln (öffentliche Verträge), 1949, bezeichnet wird.

Die Konferenz empfiehlt den Mitgliedern, die folgenden Bestimmungen anzuwenden, sobald es die Verhältnisse in ihrem Lande gestatten, und dem Internationalen Arbeitsamt ent-

requested by the Governing Body concerning the measures taken to give effect thereto:

1. In cases where private employers are granted subsidies or are licensed to operate a public utility, provisions substantially similar to those of the labour clauses in public contracts should be applied.

2. Labour clauses in public contracts should prescribe, either directly or by reference to appropriate provisions contained in laws or regulations, collective agreements, arbitration awards or other recognised arrangements—

(a) the normal and overtime rate of wages (including allowances) to be paid to the various categories of workers concerned;

(b) the manner in which hours of work are to be regulated, including wherever appropriate—

(i) the number of hours that may be worked in any day, week or other specified period in respect of which normal rates of wages are to be paid;

(ii) the average number of hours that may be worked by persons working in successive shifts on continuous processes; and

Travail, conformément à ce que décidera le Conseil d'administration, des rapports exposant les mesures prises pour les mettre en application:

1. Lorsqu'il est accordé à des employeurs privés des subventions ou des autorisations d'exploiter un service d'utilité publique, des clauses de travail analogues en substance à celles qui sont prévues pour les contrats publics devraient être appliquées.

2. Les clauses de travail dans les contrats publics devraient prescrire, soit directement, soit par référence aux dispositions appropriées contenues dans la législation, dans des conventions collectives, dans des sentences arbitrales ou dans d'autres accords reconnus:

a) les taux de salaires normaux et les taux de salaires majorés pour les heures supplémentaires (y compris les divers compléments de salaire) qui devront être payés aux différentes catégories de travailleurs intéressés;

b) la méthode de réglementation de la durée du travail, y compris, s'il y a lieu:

i) le nombre d'heures de travail qui pourront être effectuées par jour, par semaine ou au cours de toute autre période déterminée et pour lesquelles le salaire sera payé au taux normal;

ii) la durée moyenne du travail qui pourra être effectué par des personnes employées par équipes successives à des travaux de caractère continu;

sprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrates über die zu ihrer Verwirklichung getroffenen Maßnahmen zu berichten.

1. Falls private Arbeitgeber Zuschüsse oder Bewilligungen zum Betriebe gemeinnütziger Unternehmen erhalten, sollten die zur Anwendung kommenden Arbeitsklauseln den in öffentlichen Verträgen geltenden inhaltlich entsprechen.

2. Die Arbeitsklauseln öffentlicher Verträge sollten unmittelbar oder durch Hinweis auf entsprechende Vorschriften der Gesetzgebung oder Bestimmungen von Gesamtarbeitsverträgen, Schiedssprüchen oder anderen anerkannten Vereinbarungen festsetzen

a) die Normallohn- und Überstundensätze einschließlich der Zuschläge, die den verschiedenen Kategorien von beteiligten Arbeitnehmern zu bezahlen sind,

b) das Verfahren zur Regelung der Arbeitszeit einschließlich, soweit erforderlich,

i) der Zahl der zum Normallohnsatz zu bezahlten Arbeitsstunden, die während des Tages, der Woche oder eines anderen festgesetzten Zeitabschnittes geleistet werden dürfen,

ii) der zulässigen durchschnittlichen Arbeitszeit der Personen, welche bei Arbeiten beschäftigt sind, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Fortgang mit Schichtenwechsel erfordern,

(iii) where hours of work are calculated as an average, the period of time over which this average may be calculated and the normal maximum number of hours that may be worked in any specified period;	iii) quand la durée du travail est calculée d'après une durée moyenne, la période sur laquelle cette durée moyenne pourra être calculée ainsi que le nombre maximum des heures de travail au cours d'une période déterminée;	iii) im Falle der Durchschnittsberechnung der Arbeitszeit, des Zeitabschnittes, von dem dieser Durchschnitt berechnet werden darf, sowie der Höchstzahl der Arbeitsstunden, die während eines bestimmten Zeitabschnittes geleistet werden dürfen,
(c) holiday and sick leave provisions.	c) les dispositions sur les vacances et congés de maladie.	c) die Bestimmungen über Urlaub und Krankenurlaub.

Empfehlung (Nr. 85), betreffend den Lohnschutz.

Recommendation concerning the Protection of Wages.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning the protection of wages, which is the seventh item on the agenda of the session, and

Having decided that these proposals shall take the form of a Recommendation supplementing the Protection of Wages Convention, 1949,

adopts this first day of July of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Recommendation, which may be cited as the Protection of Wages Recommendation, 1949:

The Conference recommends that each Member should apply the following provisions as rapidly as national conditions allow and report to the International Labour Office as requested by the Governing Body concerning the measures taken to give effect thereto.

I. Deductions from Wages

1. All necessary measures should be taken to limit deductions from wages to the extent

Recommandation concernant la protection du salaire.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à la protection du salaire, question qui constitue le septième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une recommandation complétant la Convention sur la protection du salaire, 1949,

adopte, ce premier jour de juillet mill neuf cent quarante-neuf, la recommandation ci-après, qui sera dénommée Recommandation sur la protection du salaire, 1949:

La Conférence recommande aux Membres d'appliquer les dispositions suivantes, aussitôt que les conditions nationales le permettront, et de présenter au Bureau international du Travail, conformément à ce que décidera le Conseil d'administration, des rapports exposant les mesures prises pour les mettre en application:

I. Retenues sur les salaires

1. Toutes les dispositions qui s'imposent devraient être prises afin de limiter les retenues sur

Empfehlung (Nr. 85), betreffend den Lohnschutz.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend den Lohnschutz, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form einer Empfehlung zur Ergänzung des Übereinkommens über den Lohnschutz, 1949, erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, die folgende Empfehlung an, die als Empfehlung, betreffend den Lohnschutz, 1949, bezeichnet wird.

Die Konferenz empfiehlt den Mitgliedern, die folgenden Bestimmungen anzuwenden, sobald es die Verhältnisse in ihrem Lande gestatten, und dem Internationalen Arbeitsamt entsprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrates über die zu ihrer Verwirklichung getroffenen Maßnahmen zu berichten.

I. Lohnabzüge

1. Es sollten alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die Lohnabzüge in

deemed to be necessary to safeguard the maintenance of the worker and his family.

2. (1) Deductions from wages for the reimbursement of loss of or damage to the products, goods or installations of the employer should be authorised only when loss or damage has been caused for which the worker concerned can be clearly shown to be responsible.

(2) The amount of such deductions should be fair and should not exceed the actual amount of the loss or damage.

(3) Before a decision to make such a deduction is taken, the worker concerned should be given a reasonable opportunity to show cause why the deduction should not be made.

3. Appropriate measures should be taken to limit deductions from wages in respect of tools, materials or equipment supplied by the employer to cases in which such deductions—

(a) are a recognised custom of the trade or occupation concerned; or

(b) are provided for by collective agreement or arbitration award; or

(c) are otherwise authorised by a procedure recognised by national laws or regulations.

II. Periodicity of Wage Payments

4. The maximum intervals for the payment of wages should ensure that wages are paid—

les salaires dans la mesure jugée nécessaire pour assurer l'entretien du travailleur et de sa famille.

2. (1) Les retenues sur les salaires effectuées à titre de remboursement pour perte ou dommage affectant les produits, biens ou installations de l'employeur devraient être autorisées seulement lorsqu'il y a eu perte ou dommage et qu'il peut être bien établi que le travailleur intéressé en est responsable.

(2) Le montant desdites retenues devrait être équitable et ne devrait pas excéder la valeur réelle du dommage ou de la perte.

(3) Avant qu'il ne soit décidé de procéder à une telle retenue, le travailleur intéressé devrait avoir la possibilité de faire valoir les motifs pour lesquels la retenue ne devrait pas être effectuée.

3. Des mesures appropriées devraient être prises en vue de limiter les retenues sur les salaires, lorsqu'il s'agit d'outils, de fournitures et d'équipement mis à la disposition du travailleur par l'employeur, au cas où ces retenues sont:

a) soit reconnues comme étant de pratique courante dans l'industrie ou la profession en question;

b) soit prévues par une convention collective ou une sentence arbitrale;

c) soit autorisées de toute autre manière par une procédure admise par la législation nationale.

II. Périodicité du paiement des salaires

4. Les intervalles maxima auxquels le paiement des salaires s'effectuera devraient être tels que le salaire soit payé:

dem zur Gewährleistung des Unterhaltes des Arbeitnehmers und seiner Familie notwendigen Ausmaße zu begrenzen.

2. (1) Lohnabzüge zur Gutmachung eines Verlustes oder Schadens an Erzeugnissen, Gütern oder Einrichtungen des Arbeitgebers sollten nur insoweit zugelassen werden, als der beteiligte Arbeitnehmer für den Verlust oder Schaden erwiesenermaßen verantwortlich ist.

(2) Die Höhe der bezeichneten Abzüge sollte den Grundsätzen der Billigkeit entsprechen und den tatsächlichen Wert des erlittenen Schadens oder Verlustes nicht übersteigen.

(3) Bevor ein solcher Lohnabzug vorgenommen wird, sollte dem beteiligten Arbeitnehmer Gelegenheit geboten werden, die Gründe vorzubringen, aus denen ein Abzug unterbleiben sollte.

3. Es sollten angemessene Maßnahmen getroffen werden, um Lohnabzüge für die dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Werkzeuge, Zubehörteile und Ausrüstungsgegenstände auf die Fälle zu beschränken, in denen solche Abzüge

a) in der betreffenden Industrie oder in dem betreffenden Beruf als allgemein üblich gelten oder

b) durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder einen Schiedsspruch vorgesehen sind oder

c) in irgendeiner anderen Weise durch ein von der Gesetzgebung gestattetes Verfahren zugelassen werden.

II. Lohnperiode

4. Die Höchstdauer der Zeitspanne von einer Lohnzahlung zur anderen sollte so bemessen sein, daß der Lohn ausbezahlt wird

- (a) not less often than twice a month at intervals not exceeding sixteen days in the case of workers whose wages are calculated by the hour, day or week; and
- (b) not less often than once a month in the case of employed persons whose remuneration is fixed on a monthly or annual basis.

5. (1) In the case of workers whose wages are calculated on a piece-work or output basis, the maximum intervals for the payment of wages should, so far as possible, be so fixed as to ensure that wages are paid not less often than twice a month at intervals not exceeding sixteen days.

(2) In the case of workers employed to perform a task the completion of which requires more than a fortnight, and in respect of whom intervals for the payment of wages are not otherwise fixed by collective agreement or arbitration award, appropriate measures should be taken to ensure—

- (a) that payments are made on account, not less often than twice a month at intervals not exceeding sixteen days, in proportion to the amount of work completed; and
- (b) that final settlement is made within a fortnight of the completion of the task.

III. Notification to Workers of Wage Conditions

6. The details of the wages conditions which should be brought to the knowledge of the workers should include, wherever appropriate, particulars concerning—

- a) au moins deux fois par mois, à seize jours au plus d'intervalle, lorsqu'il s'agit de travailleurs dont la rémunération est calculée à l'heure, à la journée ou à la semaine;
- b) au moins une fois par mois lorsqu'il s'agit de personnes employées moyennant une rémunération calculée au mois ou à l'année.

5. (1) Lorsqu'il s'agit de travailleurs dont la rémunération est calculée sur la base du travail aux pièces ou sur la base du rendement, les intervalles maxima auxquels le paiement des salaires s'effectuera devraient être fixés, dans la mesure du possible, de manière que le salaire soit payé au moins deux fois par mois, à seize jours au plus d'intervalle.

(2) Lorsqu'il s'agit de travailleurs qui sont employés à une tâche dont l'achèvement exige plus d'une quinzaine, et dont les salaires sont payés à des intervalles qui ne sont pas fixés d'une autre manière par une convention collective ou une sentence arbitrale, des mesures appropriées devraient être prises pour que:

- a) des acomptes sur le salaire leur soient versés au moins deux fois par mois, à seize jours au plus d'intervalle, proportionnellement à la quantité de travail exécuté;
- b) le règlement final du salaire soit effectué au plus tard dans les quinze jours suivant l'achèvement de la tâche.

III. Notification des conditions de salaires aux travailleurs

6. Les informations sur les conditions de salaires qui doivent être portées à la connaissance des travailleurs devraient donner, s'il y a lieu, les précisions suivantes:

- a) den Arbeitnehmern, die im Stunden-, Tages- oder Wochenlohn stehen, mindestens zweimal monatlich, in Abständen von höchstens sechzehn Tagen,
- b) Personen, deren Arbeitsentgelt auf monatlicher oder jährlicher Grundlage berechnet wird, mindestens einmal monatlich.

5. (1) Für Arbeitnehmer, die im Stück- oder Leistungslohn stehen, sollte die Höchstdauer der Zeitspanne von einer Lohnzahlung zur anderen, soweit es möglich ist, so bemessen sein, daß der Lohn mindestens zweimal monatlich in Abständen von höchstens sechzehn Tagen ausbezahlt wird.

(2) Für Arbeitnehmer, die bei einer Arbeit beschäftigt sind, deren Fertigstellung mehr als zwei Wochen erfordert, sollten, falls nicht auf Grund eines Gesamtarbeitsvertrages oder Schiedsspruches eine andere Lohnperiode gilt, geeignete Maßnahmen getroffen werden, damit

- a) ihnen mindestens zweimal monatlich, in Abständen von höchstens sechzehn Tagen, im Verhältnis zur geleisteten Arbeit bemessene Vorschüsse gewährt werden,
- b) die Schlußabrechnung über ihren Lohn spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Fertigstellung der Arbeit erfolgt.

III. Bekanntgabe der Lohnbedingungen an die Arbeitnehmer

6. Die Angaben über die Lohnbedingungen, die den Arbeitnehmern mitgeteilt werden müssen, sollten, soweit es erforderlich ist, Einzelheiten enthalten über

- (a) the rates of wages payable;
- (b) the method of calculation;
- (c) the periodicity of wage payments;
- (d) the place of payment; and
- (e) the conditions under which deductions may be made.

IV. Wages Statements and Payroll Records

7. In all appropriate cases, workers should be informed, with each payment of wages, of the following particulars relating to the pay period concerned, in so far as such particulars may be subject to change:

- (a) the gross amount of wages earned;
- (b) any deduction which may have been made, including the reasons therefor and the amount thereof; and
- (c) the net amount of wages due.

8. Employers should be required in appropriate cases to maintain records showing, in respect of each worker employed, the particulars specified in the preceding Paragraph.

V. Association of Workers in the Administration of Works Stores

9. Appropriate measures should be taken to encourage arrangements for the association of representatives of the workers concerned, and more particularly members of works welfare committees or similar bodies where such bodies exist, in the general administration of works stores or similar services established in connection with an undertaking for the sale of commodities or provision of services to the workers thereof.

- a) les taux de salaires;
- b) la méthode de calcul des salaires;
- c) la périodicité des paiements;
- d) le lieu du paiement;
- e) les conditions dans lesquelles des retenues peuvent être effectuées.

IV. Indications concernant les salaires et les états de salaires

7. Dans tous les cas appropriés, les informations suivantes relatives à une période de paie donnée devraient être portées, lors de chaque paiement de salaires, à la connaissance des travailleurs, dans la mesure où ces informations sont susceptibles de varier:

- a) montant brut du salaire gagné;
- b) toutes retenues qui pourraient avoir été effectuées, avec indication des raisons et du montant de ces retenues;
- c) montant net du salaire dû.

8. Les employeurs devraient, dans les cas appropriés, tenir des états comportant, pour chacun des travailleurs, les informations spécifiées au paragraphe précédent.

V. Participation des travailleurs à la gestion des économats

9. Des mesures appropriées devraient être prises pour encourager les dispositions assurant la participation des représentants des travailleurs intéressés, et en particulier des membres des comités d'entreprise et d'organisations similaires, là où il en existe, à la gestion générale des économats ou services semblables créés, dans une entreprise, pour la vente de marchandises ou la fourniture de services aux travailleurs de ladite entreprise.

- a) die Lohnsätze,
- b) die Art der Lohnberechnung,
- c) die Lohnperioden,
- d) die Auszahlungsstelle,
- e) die Bedingungen, unter denen Lohnabzüge vorgenommen werden können.

IV. Lohnangaben und Lohnlisten

7. Wo immer es angezeigt ist, sollten die Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung Angaben für die betreffende Lohnperiode über folgende Daten erhalten, soweit diese veränderlich sind:

- a) den verdienten Bruttolohn,
- b) alle gegebenenfalls vorgenommenen Lohnabzüge, unter Angabe der Gründe dafür und ihrer Höhe,
- c) den geschuldeten Nettolohn.

8. Wo immer es angezeigt ist, sollten die Arbeitgeber Lohnlisten führen, welche die im vorigen Absatze bezeichneten Angaben für jeden Arbeitnehmer enthalten.

V. Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung der von Betrieben geführten Läden

9. Wo ein Betrieb Läden oder ähnliche Einrichtungen zur Versorgung seiner Arbeitnehmer mit Waren und Dienstleistungen unterhält, sollte durch geeignete Maßnahmen darauf hingewirkt werden, daß Vertreter der beteiligten Arbeitnehmer und insbesondere Mitglieder der Betriebsausschüsse oder ähnlicher Einrichtungen, wo solche bestehen, an der allgemeinen Verwaltung der genannten Läden oder Einrichtungen teilnehmen.

Empfehlung (Nr. 87), betreffend die Berufsberatung.

Recommendation concerning Vocational Guidance.

The General Conference of the International Labour Organisation.

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-second Session on 8 June 1949, and

Having decided upon the adoption of certain proposals concerning vocational guidance which is the ninth item on the agenda of the session, and

Having determined that the proposals shall take the form of a Recommendation,

adopts this first day of July of the year one thousand nine hundred and forty-nine the following Recommendation, which may be cited as the Vocational Guidance Recommendation, 1949:

I. General

1. For the purpose of this Recommendation the term "vocational guidance" means assistance given to an individual in solving problems related to occupational choice and progress with due regard for the individual's characteristics and their relation to occupational opportunity.

2. Vocational guidance is based on the free and voluntary choice of the individual; its

Recommandation concernant l'orientation professionnelle.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 8 juin 1949, en sa trente-deuxième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions concernant l'orientation professionnelle, question qui constitue le neuvième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une recommandation,

adopte, ce premier jour de juillet mil neuf cent quarante-neuf, la recommandation ci-après, qui sera dénommée Recommandation sur l'orientation professionnelle, 1949:

I. Généralités

1. Aux fins de la présente recommandation, le terme «orientation professionnelle» signifie l'aide apportée à un individu en vue de résoudre les problèmes relatifs au choix d'une profession ou à l'avancement professionnel, compte tenu des caractéristiques de l'intéressé et de la relation entre celles-ci et les possibilités sur le marché de l'emploi.

2. L'orientation professionnelle est basée sur le choix libre et volontaire de l'individu; son

Empfehlung (Nr. 87), betreffend die Berufsberatung.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend die Berufsberatung, eine Frage, die den neunten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form einer Empfehlung erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, die folgende Empfehlung an, die als Empfehlung, betreffend die Berufsberatung, 1949, bezeichnet wird.

I. Allgemeines

1. In dieser Empfehlung bedeutet der Ausdruck „Berufsberatung“ die Hilfe, die jemandem unter angemessener Berücksichtigung seiner Eigenschaften und deren Verwendungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkte zur Lösung der die Berufswahl oder das berufliche Fortkommen betreffenden Fragen geleistet wird.

2. Die Berufsberatung geht von der freien und freiwilligen Entscheidung des einzelnen aus;

primary object is to give him full opportunity for personal development and satisfaction from work, with due regard for the most effective use of national manpower resources.

3. Vocational guidance is a continuous process, the fundamental principles of which are the same irrespective of the age of the individuals being counselled. These principles have an immediate importance for the welfare of individuals everywhere and for the prosperity of all countries.

4. Facilities for vocational guidance should be adapted to the peculiar needs of each country and be adopted progressively. Their development within each country should proceed from a widespread understanding of the purpose of vocational guidance, the establishment of an adequate administrative structure, and the provision of technically qualified personnel.

II. Scope.

5. To the maximum possible extent consistent with national and local policy and resources, public vocational guidance facilities should be provided for all persons requiring such assistance.

6. Special provision should be made for:

- (a) programmes suitable for young persons, including those in school, who require counselling on problems related to entering occupations or planning careers, and
- (b) programmes suitable for all other persons who require counselling on employment and related vocational problems; such

principal objectif est de donner à celui-ci toutes possibilités de développer sa personnalité, et de lui permettre de retirer pleine satisfaction de son travail, compte tenu de la meilleure utilisation des ressources nationales en main-d'oeuvre.

3. L'orientation professionnelle est un processus continu dont les principes fondamentaux demeurent les mêmes, quel que soit l'âge des individus recevant des conseils. Ces principes sont d'une importance immédiate pour le bien-être des individus en tous lieux et pour la prospérité de tous les pays.

4. Les moyens d'orientation professionnelle devraient être adaptés aux besoins spéciaux de chaque pays et institués progressivement. Leur développement à l'intérieur de chaque pays devrait avoir comme base une large compréhension des buts de l'orientation professionnelle et la mise à disposition d'un système administratif approprié et d'un personnel technique qualifié.

II. Champ d'application

5. Dans la plus large mesure possible, des moyens publics d'orientation professionnelle devraient être mis à la disposition de tous ceux qui en ont besoin en tenant compte des ressources et des plans nationaux ou locaux.

6. Ces moyens devraient comprendre notamment des dispositions spéciales en faveur:

- a) des adolescents, y compris les écoliers, qui ont besoin de conseils relatifs à leur entrée dans une profession ou à leur future carrière professionnelle;
- b) de toutes les autres personnes qui ont besoin de conseils relatifs à l'emploi et aux problèmes professionnels connexes;

ihr Hauptzweck besteht darin, diesem jede Gelegenheit zu bieten, seine Persönlichkeit zu entfalten und Befriedigung aus seiner Arbeit zu ziehen, wobei auf die wirksamste Verwendung der verfügbaren Arbeitskräfte des Landes Rücksicht zu nehmen ist.

3. Die Berufsberatung ist eine fortdauernde Tätigkeit, deren Hauptgrundsätze durch das Alter der Beratenen nicht berührt werden. Diese Grundsätze haben unmittelbare Bedeutung für das Wohlergehen des einzelnen, wo immer er sich befindet, und für das wirtschaftliche Gedeihen aller Länder.

4. Die Einrichtungen der Berufsberatung sollten den besonderen Erfordernissen jedes Landes angepaßt und schrittweise eingeführt werden. In jedem Lande sollte ihr Ausbau von einem weitverbreiteten Verständnis für die Ziele der Berufsberatung sowie von der Schaffung eines angemessenen Verwaltungssystems und der Bereitstellung eines fachlich geschulten Personals ausgehen.

II. Anwendungsbereich

5. Einrichtungen der öffentlichen Berufsberatung sollten in größtmöglichem Ausmaß allen jenen, die sie benötigen, zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit den für das ganze Land oder den örtlich geltenden Möglichkeiten und Plänen vereinbar ist.

6. Besondere Maßnahmen sollten getroffen werden für

- a) Jugendliche einschließlich der Schüler, die eine Beratung über den Eintritt in das Berufsleben oder über die künftige berufliche Laufbahn benötigen,
- b) alle anderen Personen, die eine Beratung über die Beschäftigung und die damit zusammenhängenden Berufsfragen benötigen;

<p>persons are referred to hereafter in this Recommendation as adults.</p>	<p>ces personnes seront désignées ci-après par le terme «adultes».</p>	<p>diese Personen werden im folgenden als „Erwachsene“ bezeichnet.</p>
<p>III. Principles and Methods of Vocational Guidance for Young Persons Including those in School</p>	<p>III. Principes et méthodes de l'orientation professionnelle des adolescents, y compris les écoliers</p>	<p>III. Grundsätze und Verfahren der Berufsberatung für Jugendliche einschließlich der Schüler</p>
<p>7. (1) Vocational guidance policies and programmes should be determined through the co-operative efforts of the schools and other organisations and services concerned with young persons in the transition from school to work, and the representative organisations of employers and workers, to the end that each young person receiving vocational guidance may have the benefit of unified and co-ordinated assistance.</p>	<p>7. (1) Les principes et programmes de l'orientation professionnelle devraient être établis en collaboration avec les écoles et avec d'autres institutions et services qui s'occupent des adolescents durant la période marquant le passage de la vie scolaire à la vie professionnelle, ainsi qu'avec les organisations représentatives des employeurs et des travailleurs, afin que tous les adolescents qui reçoivent une orientation professionnelle puissent bénéficier d'une assistance systématique et coordonnée.</p>	<p>7. (1) Die Grundsätze und Programme der Berufsberatung sollten im Wege der Zusammenarbeit mit den Schulen und anderen Einrichtungen und Diensten, die sich mit den Jugendlichen während der Übergangszeit von der Schule zum Berufsleben befassen, sowie der maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aufgestellt werden, damit alle Jugendlichen, welche die Berufsberatung beanspruchen, eine planmäßige und einheitliche Hilfe empfangen können.</p>
<p>(2) These co-operative efforts should also include consultation and co-operation with the parents and guardians concerned and with associations of parents where such exist.</p>	<p>(2) Dans le cadre de cette collaboration, les parents ou tuteurs intéressés, ainsi que les associations de parents, lorsqu'il en existe, devraient également être consultés et il devrait être fait appel à leur coopération.</p>	<p>(2) Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollten auch die beteiligten Eltern und Vormünder sowie die Elternvereinigungen, sofern solche bestehen, angehört und zur Mitarbeit eingeladen werden.</p>
<p>(3) In applying these general principles, due account should be taken of the principles of administrative organisation set forth in Part V of this Recommendation.</p>	<p>(3) Dans l'application de ces principes généraux, il devrait être tenu compte des principes d'organisation administrative posés dans la Partie V de la présente recommandation.</p>	<p>(3) Bei der Durchführung dieser allgemeinen Grundsätze sollten die Grundsätze, betreffend die Verwaltungsmaßnahmen in Teil V dieser Empfehlung, berücksichtigt werden.</p>
<p>8. (1) During the period of general education, preliminary vocational guidance should be included within the educational programme. Such guidance should be primarily designed to make the young person aware of his aptitudes, qualifications and interests and of the various occupations and careers so as to facilitate future vocational adjustment.</p>	<p>8. (1) Pendant la période d'instruction générale, il conviendrait de prévoir une orientation professionnelle préliminaire dans le cadre de l'enseignement. Cette orientation devrait tendre essentiellement à rendre l'adolescent conscient de ses aptitudes, de ses capacités et de ses goûts, et à l'informer des diverses professions et carrières qui s'offrent à lui en vue de faciliter son adaptation à sa future profession.</p>	<p>8. (1) Während der allgemeinen Schulzeit sollte eine berufliche Vorberatung im Lehrplane vorgesehen sein. Sie sollte in erster Linie darauf abzielen, dem Jugendlichen seine Eignungen, Fähigkeiten und Neigungen bewußt zu machen und ihn über die verschiedenen Berufe und Laufbahnen zu unterrichten, um ihm die Anpassung an den künftigen Beruf zu erleichtern.</p>
<p>(2) The preliminary vocational guidance should receive increasing emphasis at those stages of schooling at which the young person may choose to enter special vocational courses</p>	<p>(2) L'orientation professionnelle préliminaire devrait prendre une importance accrue au cours du stade de la scolarité pendant lequel l'adolescent a le choix, soit de suivre des</p>	<p>(2) Die berufliche Vorberatung sollte in jenen Abschnitten der Schulzeit eine erhöhte Bedeutung erhalten, in denen der Jugendliche die Wahl hat, besondere berufliche Kurse zu be-</p>

or seeks other training or employment on leaving school.

(3) The preliminary vocational guidance should include—

- (a) the provision, in suitable form, of comprehensive occupational and industrial information;
- (b) wherever possible in the national and local circumstances, visits, adequately supervised, to industrial and commercial establishments and other workplaces, and
- (c) counselling by means of personal interview supplemented by group discussions or talks.

9. The methods of vocational guidance for young persons set forth in Paragraphs 10 to 15 should be given particular attention and their use encouraged to the widest practicable extent.

10. (1) Each young person seeking vocational guidance should be provided with adequate opportunity for a counselling interview with a vocational guidance officer, more particularly at the time he may be able to choose specific vocational courses, or to leave school for other occupational training (including apprenticeship) or for work.

(2) Methods of interview should be continuously adapted with a view to ensuring the most complete analysis possible of individual ability in relation to occupational opportunities and requirements.

cours professionnels spéciaux, soit de recevoir une autre formation ou de prendre un emploi après avoir satisfait à l'obligation scolaire.

(3) L'orientation professionnelle préliminaire devrait comporter:

- a) la diffusion, sous une forme appropriée, d'informations étendues relatives aux diverses professions et branches d'activité;
- b) des visites d'établissements industriels ou commerciaux, ou d'autres lieux de travail, conduites par des personnes qualifiées, dans la mesure où les circonstances nationales et locales le permettent;
- c) des conseils donnés au moyen d'entretiens personnels complétés par des discussions en groupe ou des causeries.

9. Les méthodes d'orientation professionnelle des adolescents prévues aux paragraphes 10 à 15 devraient faire l'objet d'une attention particulière et leur utilisation devrait être encouragée dans la plus large mesure possible.

10. (1) Tout adolescent désirant bénéficier d'une orientation professionnelle devrait avoir toutes facilités pour obtenir un entretien à ce sujet, notamment à l'époque où il peut être à même de choisir des cours professionnels spéciaux ou de quitter l'école, soit pour recevoir une autre formation, y compris un apprentissage, soit pour travailler.

(2) La technique des entretiens devrait être sans cesse mise au point, afin de permettre une analyse aussi complète que possible des capacités individuelles, en rapport avec les possibilités d'emploi et les exigences des diverses professions.

suchen oder nach Beendigung der Schulpflicht sich einer anderen Ausbildung zuzuwenden oder eine Beschäftigung anzunehmen.

(3) Die berufliche Vorberatung sollte umfassen

- a) die Erteilung eingehender Auskunft in angemessener Form über die verschiedenen Berufe und Wirtschaftszweige,
- b) die Besichtigungen von Industrie- und Handelsbetrieben sowie anderen Arbeitsstätten unter berufener Führung, wo immer die für das ganze Land oder örtlich bestehenden Gegebenheiten es gestatten,
- c) Beratung im Wege persönlicher Unterredungen, ergänzt durch Gruppendiskussionen oder Aussprachen.

9. Den in den Absätzen 10 bis 15 vorgesehenen Verfahren der Berufsberatung für Jugendliche sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ihre Anwendung soweit wie möglich gefördert werden.

10. (1) Jedem Jugendlichen, der beraten zu werden wünscht, sollte eine Unterredung mit einem Berater auf jede Weise erleichtert werden, insbesondere in dem Zeitpunkt, in dem der Jugendliche die Wahl hat, besondere berufliche Kurse zu besuchen oder die Schule zu verlassen, um sich einer anderen Ausbildung einschließlich der Lehrlingsausbildung zuzuwenden oder um eine Beschäftigung anzunehmen.

(2) Die Technik der Unterredungen sollte ständig verbessert werden, um eine möglichst erschöpfende Analyse der Fähigkeiten des einzelnen unter Berücksichtigung der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Erfordernisse der verschiedenen Berufe zu erzielen.

11. Records of school progress, including, as desired and as appropriate in individual cases, an evaluation of capacity, educational attainments, aptitudes and personality, should be used as may be considered appropriate for vocational guidance with due respect to the confidential character of the information contained therein.

12. (1) The facilities for the medical examination of young persons should be utilised as appropriate and developed as necessary for purposes of vocational guidance.

(2) Advice for remedial action and such other help as may be possible and useful for the purposes of vocational adjustment should be provided as needed in each individual case.

13. (1) Wherever practicable, appropriate tests of capacity and aptitude and, where so desired, other psychological tests should be made available for use in vocational guidance as appropriate to the needs of individual cases.

(2) Advice for remedial action and such other help as may be possible and useful for the purposes of vocational adjustment should be made available in individual cases.

14. (1) Suitable and reliable information regarding careers in the different occupations and industries and regarding employment and training opportunities should be made available to young persons through counselling interviews and otherwise, with due regard for the aptitudes, physical capacities, qualifications, preferences and personality of the young person concerned and

11. Le rapport scolaire comprenant, là où cela est désirable et approprié selon les cas individuels, une appréciation des capacités, du degré d'instruction, des aptitudes individuelles et de la personnalité, devrait être utilisé de la manière qui semblera convenir à des fins d'orientation professionnelle, tout en respectant dûment le caractère confidentiel des renseignements qu'il contient.

12. (1) Les facilités existant pour l'examen médical des adolescents devraient être utilisées à des fins d'orientation professionnelle, de la manière qui conviendra, et développées à cet effet s'il est nécessaire.

(2) Il y aurait lieu de fournir, de la manière qui conviendra dans chaque cas individuel, des conseils quant aux mesures curatives ou quant à toute autre assistance qui paraîtrait possible et utile en vue de l'adaptation professionnelle de l'intéressé.

13. (1) Chaque fois qu'il sera possible, il conviendrait d'utiliser des tests de capacité et d'aptitude appropriés et, si on le désire, d'autres tests psychologiques à des fins d'orientation professionnelle, selon les besoins des cas individuels.

(2) Il conviendrait de prévoir, pour des cas individuels, des conseils quant aux mesures curatives et quant à toute autre assistance qui serait indiquée et possible en vue de l'adaptation professionnelle des intéressés.

14. (1) Des informations appropriées et sûres concernant les carrières ouvertes dans les diverses professions et branches d'activité ainsi que les possibilités d'emploi et de formation professionnelle, devraient être mises à la disposition des adolescents au moyen d'entretiens personnels ou autrement, en tenant compte des aptitudes, de l'état physique, des capacités, des préférences et du carac-

11. Schulberichte sollten in der für die Berufsberatung geeigneten Form verwendet werden und, wenn es im Einzelfall erwünscht und angezeigt ist, eine Beurteilung der Fähigkeiten, des Schulerfolges, der Eignungen und der Persönlichkeit des Schülers umfassen; dabei sollte die vertrauliche Natur solcher Auskünfte angemessen berücksichtigt werden.

12. (1) Die für die ärztliche Untersuchung der Jugendlichen bestehenden Einrichtungen sollten in geeigneter Weise für die Berufsberatung verwendet und nötigenfalls ausgebaut werden.

(2) Ratschläge über Heilbehandlung oder jede sonst mögliche und nützliche Hilfe zur beruflichen Anpassung sollten entsprechend den Erfordernissen des Einzelfalles erteilt werden.

13. (1) Wo immer möglich, sollten, je nach den Erfordernissen des Einzelfalles, den Zwecken der Berufsberatung entsprechende Fähigkeits- und Eignungsteste und, falls erwünscht andere psychologische Tests angewendet werden.

(2) Die Erteilung von Ratschlägen über Heilbehandlung oder jede sonst mögliche und nützliche Hilfe zur beruflichen Anpassung sollte für Einzelfälle vorgesehen sein.

14. (1) Angemessene und verlässliche Auskünfte über die Aufstiegsmöglichkeiten in den verschiedenen Berufen und Wirtschaftszweigen sowie über die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sollten den Jugendlichen im Wege persönlicher Unterredungen oder auf andere Weise zur Verfügung stehen, wobei die Eignungen, der körperliche Zustand, die Fähigkeiten, die Neigungen und

the prospective needs of the economy.

(2) In this connection the competent authorities should maintain continuous co-operation with such other public and private bodies, including more particularly the representative organisations of employers and workers, as are able—

(a) to provide information concerning probable future openings in each industry, trade or occupation, and

(b) to assist with the preparation and conclusion of contracts of apprenticeship and to supervise their application.

15. Consideration should also be given to the desirability of ascertaining the aptitudes of young persons by providing opportunity for appropriate work experience and by other similar means.

16. Special attention should be given to the development, within the framework of the general vocational guidance services, of adequate and appropriate arrangements for the vocational guidance of young persons in rural areas.

17. Special attention should be given to the development, within the framework of the general vocational guidance services, and in co-operation with the appropriate rehabilitation services, of adequate and appropriate arrangements for the vocational guidance of young persons—

(a) who have physical or mental handicaps or limitations, or

(b) who manifest personality disorders of such a nature

tère de l'intéressé ainsi que des nécessités économiques probables.

(2) A cet égard, les autorités compétentes devraient entretenir une collaboration suivie avec les autres institutions publiques et privées, notamment les organisations représentatives d'employeurs et de travailleurs, susceptibles:

a) de fournir des informations quant aux possibilités éventuelles d'emploi dans les diverses branches d'activité, les professions ou métiers;

b) de prêter leur aide lors de l'élaboration et de la conclusion des contrats d'apprentissage et de contrôler leur application.

15. Il conviendrait d'examiner également l'opportunité de déterminer les aptitudes des adolescents en leur permettant de procéder à des expériences pratiques appropriées ou en leur fournissant d'autres moyens similaires.

16. Une attention particulière devrait être accordée à l'organisation, dans le cadre des services d'orientation professionnelle, de moyens suffisants et appropriés d'orientation professionnelle, destinés aux adolescents des régions rurales.

17. Une attention particulière devrait être accordée à l'organisation, dans le cadre des services d'orientation professionnelle et en collaboration avec les services de rééducation intéressés, de moyens suffisants et appropriés pour l'orientation professionnelle des adolescents:

a) qui présentent des incapacités, des anomalies ou des déficiences physiques ou mentales;

b) qui manifestent des troubles caractériels suscepti-

die Persönlichkeit des Rat-suchenden sowie die voraussichtlichen Erfordernisse der Wirtschaft berücksichtigt werden sollten.

(2) Im Hinblick darauf wäre eine ständige Zusammenarbeit der zuständigen Behörden mit den anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen angezeigt, insbesondere mit den maßgebenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die in der Lage sind,

a) Auskünfte über die wahrscheinlichen künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten in jedem Wirtschaftszweige, Beruf oder Handwerk zu liefern,

b) bei der Ausarbeitung und dem Abschlusse von Lehrverträgen behilflich zu sein und ihre Durchführung zu überwachen.

15. Zu erwägen ist ferner, ob es angezeigt wäre, die Eignungen der Jugendlichen dadurch zu ermitteln, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, diese in entsprechender praktischer Arbeit oder auf andere ähnliche Weise zu erproben.

16. Besondere Aufmerksamkeit sollte im Rahmen der allgemeinen Berufsberatung dem Ausbau ausreichender und angemessener Einrichtungen zur Berufsberatung der Landjugend gewidmet werden.

17. Besondere Aufmerksamkeit sollte im Rahmen der allgemeinen Berufsberatung und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Umschulungsdiensten dem Ausbau ausreichender und angemessener Einrichtungen zur Berufsberatung der Jugendlichen gewidmet werden, die

a) körperliche oder geistige Mängel aufweisen oder sonstwie behindert sind oder

b) charakterliche Störungen aufweisen, die ihre An-

as to prevent or make specially difficult their vocational adjustment.	bles d'empêcher ou d'entraver sérieusement leur adaptation professionnelle.	passung an einen Beruf verhindern oder ernsthaft erschweren können.
18. The competent national and local authorities should encourage full voluntary use of vocational guidance facilities, more particularly in the case of—	18. Les autorités nationales et locales compétentes devraient encourager l'utilisation la plus large, sur une base facultative, des moyens d'orientation professionnelle, notamment parmi les adolescents:	18. Die zuständigen staatlichen und örtlichen Behörden sollten dafür sorgen, daß die Möglichkeiten der Berufsberatung freiwillig, soweit irgend möglich, benützt werden, besonders von Jugendlichen, die
(a) young persons who may choose among several vocational courses within the school;	a) qui peuvent choisir entre plusieurs cours professionnels à suivre à l'école même;	a) unter mehreren verschiedenen Berufskursen in der Schule wählen können;
(b) young persons who are near school-leaving age;	b) qui approchent de l'âge de fin de scolarité;	b) demnächst das Alter erreichen, in dem sie die Schule verlassen,
(c) young persons who are entering the employment market for the first time;	c) qui cherchent pour la première fois un emploi;	c) zum erstenmal Arbeit suchen,
(d) young persons who are seeking admission to apprenticeship or other vocational training;	d) qui cherchent à entrer en apprentissage ou à recevoir toute autre formation professionnelle;	d) in eine Lehre eintreten wollen oder eine sonstige Berufsausbildung anstreben,
(e) young persons who are unemployed, who are employed in declining industries or who are likely to become unemployed;	e) qui sont en chômage, qui sont employés dans des industries en déclin ou qui sont susceptibles de devenir chômeurs;	e) arbeitslos sind, in Industrien, die im Niedergange befindlich sind, arbeiten oder Gefahr laufen, arbeitslos zu werden,
(f) young persons who have physical or mental handicaps or limitations; or	f) qui présentent des incapacités, des anomalies ou des déficiences physiques ou mentales;	f) körperliche oder geistige Mängel aufweisen oder sonstwie behindert sind,
(g) young persons who manifest personality disorders of such a nature as to prevent or make specially difficult their vocational adjustment.	g) qui manifestent des troubles caractériels susceptibles d'empêcher ou d'entraver sérieusement leur adaptation professionnelle.	g) charakterliche Störungen aufweisen, die ihre Anpassung an einen Beruf verhindern oder ernsthaft erschweren können.
19. The competent authorities should take the necessary measures to facilitate the execution of the young persons' vocational plans wherever these are feasible; where appropriate in individual cases suggestions should be made for carrying out these plans and assistance should be provided in making the necessary contacts with other services or persons also concerned with placing the young person in training or	19. Les autorités compétentes devraient prendre les mesures nécessaires pour faciliter la réalisation des projets professionnels de l'adolescent, dans tous les cas où ces projets sont réalisables; il conviendrait, s'il y a lieu, de faire, dans chaque cas particulier, des suggestions relatives à cette réalisation et d'aider l'intéressé à se mettre en rapport avec d'autres services ou individus qui sont également compétents pour lui	19. Die zuständigen Behörden sollten die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Verwirklichung der Berufswünsche des Jugendlichen in allen Fällen zu erleichtern, in denen eine solche Verwirklichung möglich ist. Soweit es im Einzelfall angezeigt ist, sollte der Ratsuchende bezüglich der Verwirklichung seiner Wünsche beraten und in der Weise unterstützt werden, daß er mit anderen Diensten oder

employment in the occupation chosen by him.

20. (1) The competent authorities should take measures to organise follow-up aimed primarily at assisting in so far as possible the young person to overcome any difficulties he may be experiencing in following his vocational plans and ascertaining whether the occupation selected is proving suitable.

(2) Wherever possible, methods of follow-up should include general enquiries on a sampling basis to measure the results of vocational guidance in individual cases and to evaluate vocational guidance policy and methods. Such enquiries should permit of securing medical information in co-operation, where possible, with the medical facilities existing at workplaces.

IV. Principles and Methods of Vocational Guidance for Adults (Employment Counselling)

21. (1) Appropriate arrangements for adults should be made within the framework of the public vocational guidance services to assist any person requiring aid in choosing an occupation or in changing his occupation.

(2) The process involved in rendering this assistance is referred to in this Recommendation as employment counselling.

fournir une formation professionnelle ou un emploi dans la profession qu'il aura choisie.

20. (1) Les autorités compétentes devraient prendre des dispositions en vue d'organiser un système permettant de suivre l'adolescent orienté et destiné essentiellement à l'aider, dans la mesure du possible, à surmonter toutes difficultés qu'il pourrait éprouver en poursuivant ses projets professionnels, ainsi qu'à vérifier si l'occupation choisie lui convient.

(2) Les méthodes utilisées à cet effet devraient comprendre, dans tous les cas où cela est possible, des enquêtes générales, effectuées à l'aide de sondages, qui permettraient d'évaluer l'efficacité de l'orientation professionnelle pour des cas particuliers et d'apprécier la valeur des méthodes et des principes mis en oeuvre. Ces enquêtes devraient également permettre de recueillir des informations d'ordre médical, à l'aide, si possible, des services médicaux existant sur les lieux de travail.

IV. Principes et méthodes en matière d'orientation professionnelle pour adultes (conseils professionnels)

21. (1) Des dispositions appropriées pour les adultes devraient être prises dans le cadre du service public de l'orientation professionnelle, afin de fournir une aide à toutes les personnes qui en ont besoin pour choisir une profession ou pour changer d'emploi.

(2) Le processus impliqué dans l'aide ainsi apportée est désigné dans la présente recommandation par le terme «conseils professionnels».

Personen in Verbindung gebracht wird die sich ebenfalls mit der Vermittlung von Jugendlichen zum Zweck ihrer Ausbildung oder Anstellung in dem von ihm gewählten Berufe befassen.

20. (1) Die zuständigen Behörden sollten Maßnahmen treffen zur weiteren Betreuung des Jugendlichen, der beraten worden ist. Hauptzweck dieser Betreuung wäre, den Jugendlichen, soweit wie möglich, bei der Überwindung aller Schwierigkeiten zu unterstützen, auf die er bei der Verfolgung seiner Berufspläne etwa stoßen könnte, und festzustellen, ob die gewählte Beschäftigung sich als geeignet für ihn erweist.

(2) Die zu diesem Zweck angewendeten Verfahren sollten in allen Fällen, in denen es möglich ist, mittels Stichproben durchgeführte Erhebungen allgemeiner Art umfassen, um die Wirksamkeit der Berufsberatung in bestimmten Fällen sowie den Wert der angewendeten Verfahren und Grundsätze festzustellen. Diese Erhebungen sollten auch gestatten, Auskünfte ärztlicher Natur — soweit es möglich ist, in Zusammenarbeit mit den an den Arbeitsstätten bestehenden ärztlichen Diensten — zu sammeln.

IV. Grundsätze und Verfahren der Berufsberatung für Erwachsene (Arbeitsberatung)

21. (1) Im Rahmen der öffentlichen Berufsberatung sollten angemessene Maßnahmen für Erwachsene getroffen werden, um allen Personen, die bei der Berufswahl oder dem Wechsel der Beschäftigung Hilfe benötigen, diese Hilfe zu gewähren.

(2) Das Verfahren zur Gewährung der bezeichneten Hilfe ist in dieser Empfehlung als „Arbeitsberatung“ bezeichnet.

22. The process of employment counselling should include, as far as practicable in the national circumstances and as appropriate in individual cases—

- (a) interview with an employment counsellor;
- (b) examination of record of work experience;
- (c) examination of scholastic or other records relating to education or training received;
- (d) medical examination;
- (e) appropriate tests of capacity and aptitude, and, where so desired, other psychological tests;
- (f) ascertainment of aptitudes by appropriate work experience and by other similar means;
- (g) technical trade tests, either verbal or otherwise, in all cases where such seem necessary;
- (h) analysis of physical capacity in relation to occupational requirements;
- (i) provision of information concerning employment and training opportunities relating to the qualifications, physical capacities, aptitudes, preferences and experience of the person concerned and to the needs of the employment market;
- (j) follow-up, on a sampling basis, aimed at discovering whether satisfactory placement in employment, training or retraining has been achieved and at evaluating employment counselling policy and methods.

22. Les méthodes utilisées en matière de conseils professionnels devraient comprendre, dans la mesure où les conditions nationales le permettent et selon les cas particuliers:

- a) l'entretien avec un orienteur;
- b) l'examen des antécédents professionnels;
- c) l'examen du rapport scolaire ou de tout autre document témoignant de la formation générale ou professionnelle reçue;
- d) l'examen médical;
- e) l'utilisation de tests de capacité et d'aptitude appropriés et, si on le désire, d'autres tests psychologiques;
- f) la détermination des aptitudes par des expériences ou essais pratiques ou par des moyens similaires;
- g) un examen technique, oral ou autre, toutes les fois que la nécessité en apparaîtra;
- h) la détermination des capacités physiques de l'intéressé en relation avec les exigences des diverses professions;
- i) la communication de renseignements relatifs aux possibilités d'emploi et de formation et se rapportant aux aptitudes, à l'état physique, aux capacités, aux préférences et à l'expérience de l'intéressé, ainsi qu'aux besoins du marché de l'emploi;
- j) un contrôle, effectué à l'aide de sondages, destiné à vérifier si le placement dans un emploi ou le recours aux facilités de formation ou de réadaptation professionnelles s'est révélé satisfaisant, et à apprécier la valeur

22. Das auf dem Gebiete der Arbeitsberatung angewendete Verfahren sollte, soweit die Verhältnisse des Landes es gestatten und je nach den Erfordernissen des Einzelfalles, umfassen

- a) die Unterredung mit einem Berater,
- b) die Prüfung der bisherigen Erfahrungen im Berufe,
- c) die Prüfung von Schul- oder anderen Zeugnissen, aus denen sich die allgemeine oder berufliche Ausbildung ergibt,
- d) die ärztliche Untersuchung,
- e) angemessene Fähigkeits- und Eignungsteste und, wo es erwünscht erscheint, andere psychologische Tests,
- f) die Ermittlung der Fähigkeiten an Hand praktischer Arbeiten oder Versuche oder durch andere ähnliche Mittel,
- g) eine Fachprüfung in mündlicher oder anderer Form, wo immer dies als notwendig erscheint,
- h) die Ermittlung der körperlichen Fähigkeiten unter Berücksichtigung der beruflichen Erfordernisse,
- i) die Erteilung von Auskünften über die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Eignungen, des körperlichen Zustandes, der Fähigkeiten und Neigungen sowie der Erfahrung des Ratsuchenden und der Erfordernisse des Arbeitsmarktes,
- j) eine Überprüfung an Hand von Stichproben, um festzustellen, ob die Arbeitsvermittlung, die berufliche Schulung oder Umschulung befriedigend ausgefallen ist, und um den Wert der Grundsätze und Verfahren der Ar-

23. (1) The competent national and local bodies should take all necessary measures to encourage the extended use, on a voluntary basis, of employment counselling services in the case of—

- (a) persons entering employment for the first time;
- (b) persons unemployed for a long period;
- (c) persons unemployed or likely to be unemployed, as a result of declining industries or changes in the technique, structure or location of industry;
- (d) persons living in rural areas who comprise surplus manpower in the light of current or prospective employment opportunity;
- (e) persons desirous of benefiting from public facilities for vocational training and readjustment.

(2) All necessary and practicable measures should be taken to develop, within the framework of the general vocational guidance facilities and with the co-operation of any appropriate rehabilitation services when the person requires such assistance, specialised employment counselling for physically disabled persons and those having personality disorders that hinder their vocational adjustment.

(3) All necessary and practicable measures should be taken to develop, within the framework of the general vocational guidance facilities, specialised

des principes et des méthodes sur lesquels se fondent les conseils professionnels.

23. (1) Les autorités nationales et locales compétentes devraient prendre toutes mesures nécessaires pour encourager l'utilisation la plus large, sur une base facultative, des services de conseils professionnels:

- a) dans le cas de personnes prenant pour la première fois un emploi;
- b) dans le cas de personnes en chômage prolongé;
- c) dans le cas de personnes réduites au chômage ou susceptibles d'y être amenées par suite du déclin d'une industrie, de transformations technologiques ou d'un changement, soit dans la structure d'une industrie, soit dans son emplacement;
- d) dans le cas de personnes qui constituent, dans les régions rurales, un excédent de main-d'oeuvre par rapport aux possibilités d'emploi présentes ou probables;
- e) dans le cas de personnes désireuses de bénéficier de moyens publics de formation ou de réadaptation professionnelle.

(2) Toutes mesures nécessaires et possibles devraient être prises afin de fournir, dans le cadre du système général établi, en collaboration, s'il y a lieu, avec tout service approprié de réadaptation, des conseils spécialisés aux invalides et aux personnes qui manifestent des troubles caractériels et dont l'inaptitude empêche une adaptation professionnelle.

(3) Toutes mesures nécessaires et possibles devraient être prises afin de fournir, dans le cadre du système général établi, des conseils spécialisés aux

beitsberatung zu beurteilen.

23. (1) Die zuständigen staatlichen und örtlichen Behörden sollten alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Arbeitsberatung freiwillig, soweit wie möglich, von allen Personen benützt wird, die

- a) zum erstenmal eine Beschäftigung annehmen,
- b) seit langer Zeit arbeitslos sind,
- c) wegen des Niederganges einer Industrie oder eines Wechsels der technologischen Verfahren, der Struktur oder des Standortes einer Industrie arbeitslos sind oder vermutlich arbeitslos werden,
- d) auf dem Lande wohnen und in Anbetracht der vorhandenen oder voraussichtlichen Arbeitsmöglichkeiten als Arbeitskräfte überschüssig sind,
- e) öffentliche Einrichtungen zur beruflichen Schulung oder Umschulung in Anspruch nehmen wollen.

(2) Es sollten alle notwendigen und möglichen Maßnahmen getroffen werden, um im Rahmen der allgemeinen Berufsberatung und, falls es für den Ratsuchenden notwendig ist, unter Mitarbeit aller dafür in Frage kommenden Umschulungsstellen eine besondere Beratung der körperlich Behinderten und der Personen auszubauen, die charakterliche Störungen aufweisen, welche ihre Anpassung an einen Beruf verhindern.

(3) Es sollten alle notwendigen und möglichen Maßnahmen getroffen werden, um im Rahmen der allgemeinen Arbeitsberatung eine besondere Beratung

employment counselling for technicians, professional workers, salaried employees and executive staff.

24. Special attention should be given, in connection with employment counselling, to the development of appropriate methods for the technical selection of workers for particular occupations and industries.

V. Principles of Administrative Organisation

25. Vocational guidance and employment counselling should be organised and co-ordinated on the basis of a comprehensive general programme, established and developed in the light of regional and local conditions and adaptable to changes in such conditions.

26. In order to encourage the development of vocational guidance and employment counselling facilities, provision should be made by the central authorities (including, where appropriate, the central authorities of the federated units of federal States) for—

- (a) adequate financing of such facilities;
- (b) appropriate technical assistance; and
- (c) development of methods and materials suitable for use on a nationwide basis.

27. All necessary and desirable measures should be taken by the competent authorities to secure effective co-operation, nationally and locally, between the public and private bodies engaged in vocational guidance or employment counselling activities.

techniciens, aux personnes appartenant aux professions libérales, aux employés et au personnel de cadre.

24. Il conviendrait d'accorder, dans le cadre du système de conseils professionnels, une attention particulière aux méthodes appropriées de sélection technique des travailleurs, dans certaines branches d'activité ou professions.

V. Principes d'organisation administrative.

25. Les systèmes d'orientation professionnelle et de conseils professionnels devraient être organisés et coordonnés dans le cadre d'un vaste programme d'ensemble établi et mis en oeuvre en tenant compte des conditions locales et régionales, et susceptible de s'adapter à tout changement éventuel de ces conditions.

26. En vue d'encourager le développement des services d'orientation professionnelle et de conseils professionnels, les autorités centrales (y compris, le cas échéant les autorités centrales des entités constituantes des Etats fédératifs) devraient prendre des dispositions pour:

- a) assurer le financement adéquat de ces services;
- b) apporter à ces services l'assistance technique appropriée;
- c) promouvoir l'élaboration et l'emploi des méthodes et d'un équipement utilisables sur une base nationale.

27. Les autorités compétentes devraient prendre toutes mesures nécessaires et désirables afin d'assurer, sur les plans national et local, une collaboration effective entre les institutions publiques et privées d'orientation professionnelle et de conseils professionnels.

für Techniker, Angehörige der freien Berufe, Angestellte und Personen in gehobenen und leitenden Stellungen auszubauen.

24. Im Rahmen der Arbeitsberatung sollte dem Ausbau angemessener Verfahren für die technische Auswahl von Arbeitnehmern für bestimmte Wirtschaftszweige oder Berufe besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

V. Grundsätze der Verwaltungsorganisation

25. Berufsberatung und Arbeitsberatung sollten auf der Grundlage eines umfassenden Gesamtprogramms geregelt und in Übereinstimmung miteinander gebracht werden. Dieses Programm ist so zu gestalten und durchzuführen, daß es den örtlichen und regionalen Verhältnissen Rechnung trägt und sich allfälligen Änderungen dieser Verhältnisse anpassen läßt.

26. Zur Förderung des Ausbaues der Einrichtungen der Berufsberatung und der Arbeitsberatung sollten die Zentralbehörden (gegebenenfalls einschließlich der Zentralbehörden der Glieder von Bundesstaaten) Maßnahmen vorsehen, um

- a) die Kosten dieser Einrichtungen angemessen zu decken,
- b) diesen Einrichtungen die gebotene technische Unterstützung zu leihen,
- c) den Ausbau der im ganzen Lande verwendbaren Verfahren und Hilfsmittel zu fördern.

27. Die zuständigen Behörden sollten alle notwendigen und erwünschten Maßnahmen treffen, um eine wirksame, das ganze Land umfassende und örtliche Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Berufsberatungs- und Arbeitsberatungseinrichtungen sicherzustellen.

A. Administrative Arrangements for Vocational Guidance for Young Persons, including those in School

28. (1) The competent authorities should make appropriate arrangements for the co-ordination, nationally and locally, of police and action in the field of vocational guidance, due regard being paid to the responsibility of the parents and to the appropriate functions of private vocational guidance bodies.

(2) These arrangements should be directed more particularly towards—

(a) maintaining effective public service to young persons, in co-operation with other interested agencies as appropriate without duplication of effort; and

(b) facilitating, as may be desirable and with due respect for confidential data, the exchange of information concerning—

(i) the extent and character of the need for vocational guidance services and of the facilities already available;

(ii) the young persons applying for vocational guidance;

(iii) industries, trades and occupations;

(iv) employment and training opportunities; and

(v) the preparation and use of vocational guidance materials including appropriate tests.

29. (1) National and local administrative responsibility for vocational guidance should be clearly defined.

A. Dispositions administratives relatives à l'orientation professionnelle des adolescents, y compris les écoliers

28. (1) Les autorités compétentes devraient prendre les dispositions appropriées afin d'assurer la coordination des programmes et des activités en matière d'orientation professionnelle, sur les plans national et local, en tenant compte des prérogatives des parents et des attributions des institutions privées d'orientation professionnelle.

(2) Ces dispositions devraient tendre notamment:

a) à assurer aux adolescents un service public efficace avec, le cas échéant, la collaboration des autres institutions intéressées, en évitant les doubles emplois;

b) à faciliter, lorsqu'il est souhaitable et en respectant les données confidentielles, l'échange d'informations concernant:

i) l'ampleur et la nature des besoins d'orientation professionnelle, ainsi que des moyens déjà existants;

ii) les adolescents qui ont recours à l'orientation professionnelle;

iii) les diverses branches d'activité, les professions et métiers;

iv) les possibilités d'emploi et de formation professionnelle;

v) la préparation et l'utilisation de l'équipement destiné à l'orientation professionnelle, y compris les tests appropriés.

29. (1) La compétence administrative en matière d'orientation professionnelle devrait être clairement définie sur les plans national et local.

A. Verwaltungsmaßnahmen, betreffend die Berufsberatung der Jugendlichen einschließlich der Schüler

28. (1) Die zuständigen Behörden sollten geeignete Maßnahmen zu einer das ganze Land umfassenden und örtlichen Gleichordnung der Programme und Tätigkeiten im Bereiche der Berufsberatung treffen, wobei die Vorrechte der Eltern und die Befugnisse der privaten Berufsberatungseinrichtungen angemessen zu berücksichtigen sind.

(2) Diese Maßnahmen sollten insbesondere darauf abzielen,

a) einen wirksamen öffentlichen Dienst für Jugendliche aufrechtzuerhalten, der gegebenenfalls mit anderen beteiligten Stellen zusammenarbeitet, wobei Doppelarbeit zu vermeiden ist,

b) falls es erwünscht ist und unter angemessener Wahrung der vertraulichen Natur bestimmter Angaben, den Austausch von Auskünften zu erleichtern über

i) den Umfang und die Art der Erfordernisse im Gebiete der Berufsberatung sowie der zu ihrer Befriedigung bereits verfügbaren Mittel,

ii) die Jugendlichen, welche die Berufsberatung beanspruchen,

iii) die verschiedenen Wirtschaftszweige, Berufe und Beschäftigungen,

iv) die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten,

v) die Vorbereitung und Verwendung der für die Berufsberatung bestimmten Hilfsmittel einschließlich zweckmäßiger Teste.

29. (1) Die staatliche und örtliche Verwaltungszuständigkeit auf dem Gebiete der Berufsberatung sollte klar bestimmt sein.

(2) With due regard to this division of authority, primary responsibility should be entrusted either—

- (a) jointly to the education and employment service authorities; or
- (b) to one of these authorities working in close co-operation with the other.

30. (1) Appropriate arrangements should be made through advisory committees for the co-operation of representatives of employers and workers in the development of vocational guidance policy.

(2) Such committees should be maintained nationally and as far as possible locally and should normally include representatives of the public and private bodies concerned with education, training (including apprenticeship), vocational guidance and other questions directly affecting the vocational adjustment of young persons.

B. Administrative Arrangements for Vocational Guidance for Adults (Employment Counselling)

31. (1) Administrative responsibility for employment counselling should be entrusted primarily to the public employment service, with due regard to the administrative responsibility assigned by public authority to educational or other agencies.

(2) The offices of the public employment service should include, at each administrative stage so far as practicable, specialised employment counselling units or officers.

(2) Tout en tenant compte de cette répartition des compétences, la responsabilité devrait incomber en premier lieu:

- a) soit conjointement aux autorités scolaires et aux autorités du service de l'emploi,
- b) soit à l'une de ces administrations travaillant en collaboration étroite avec l'autre.

30. (1) Des dispositions appropriées devraient être prises en vue d'assurer, au moyen de commissions consultatives, la participation de représentants d'employeurs et de travailleurs à l'élaboration et à la mise en oeuvre de la politique en matière d'orientation professionnelle.

(2) De telles commissions devraient fonctionner sur le plan national et, si possible, sur le plan local; elles devraient aussi comprendre normalement des représentants des institutions publiques et privées intéressées aux questions d'éducation, de formation professionnelle (y compris l'apprentissage), d'orientation professionnelle, ainsi qu'aux autres questions qui ont un rapport immédiat avec l'adaptation professionnelle des adolescents.

B. Dispositions administratives relatives à l'orientation professionnelle des adultes (conseils professionnels)

31. (1) La compétence administrative en matière de conseils professionnels devrait appartenir en premier lieu au service public de l'emploi, en tenant compte de la compétence administrative attribuée par l'autorité publique à des institutions d'éducation ou à d'autres institutions.

(2) Les bureaux du service de l'emploi devraient comprendre, autant que possible, à chaque échelon administratif, des sections ou des agents spécialisés pour fournir des conseils professionnels.

(2) Unter angemessener Berücksichtigung dieser Aufteilung der Zuständigkeit sollte die Verantwortung in erster Linie übertragen sein

- a) den Schulbehörden und den Behörden der Arbeitsmarktverwaltung gemeinsam oder
- b) einer dieser Behörden, die mit der anderen eng zusammenarbeitet.

30. (1) Durch angemessene Vorkehrungen sollte dafür gesorgt werden, daß Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mittels beratender Ausschüsse am Ausbau der Berufsberatungspolitik mitarbeiten.

(2) Solche Ausschüsse sollten für das ganze Land und wenn möglich auch auf örtlicher Grundlage bestehen; sie sollten in der Regel Vertreter der öffentlichen und privaten Stellen umfassen, die sich mit dem Schulwesen, der beruflichen Ausbildung (einschließlich der Lehrlingsausbildung), der Berufsberatung und anderen, die Anpassung der Jugendlichen an den Beruf berührenden Fragen befassen.

B. Verwaltungsmaßnahmen, betreffend die Berufsberatung Erwachsener (Arbeitsberatung)

31. (1) Die Verwaltungszuständigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsberatung sollte in erster Linie bei der Arbeitsmarktverwaltung liegen, wobei jedoch die von der öffentlichen Gewalt den Bildungs- oder anderen Anstalten übertragene Verwaltungszuständigkeit zu berücksichtigen ist.

(2) Die Ämter der Arbeitsmarktverwaltung sollten, soweit wie möglich, auf jeder Verwaltungsstufe spezialisierte Abteilungen oder Beamte für Arbeitsberatung besitzen.

(3) Administrative arrangements should be made to ensure, as may be necessary or desirable, co-operation by the public employment service with specialised employment counselling services maintained for special groups or persons.

32. Appropriate arrangements should be made, nationally and locally, to ensure that employment counselling is organised in close relation with—

- (a) all other activities of the employment service;
- (b) other vocational guidance services;
- (c) educational and training institutions;
- (d) the administration of unemployment insurance and assistance schemes;
- (e) the administration of training and retraining schemes and of other plans to promote occupational or geographical mobility of labour;
- (f) the representative organisations of employers and workers; and
- (g) public and private organisations providing rehabilitation services to disabled persons.

VI. Training of Officers

33. (1) In order to secure the efficiency of the vocational guidance services, the competent authority should ensure the employment of an adequate number of officers with suitable training, experience and other qualifications, and should organise, to the fullest possible extent and in co-operation where appropriate with other

(3) Des dispositions administratives devraient être prises pour assurer, là où cela serait nécessaire ou désirable, la collaboration du service public de l'emploi avec les services de conseils professionnels spécialisés institués à l'usage de groupes ou d'individus.

32. Des dispositions appropriées devraient être prises, sur les plans national et local, afin d'assurer que le système de conseils professionnels soit organisé en relation étroite avec:

- a) toutes les autres activités du service public de l'emploi;
- b) d'autres services d'orientation professionnelle;
- c) les établissements d'enseignement général ou professionnel;
- d) l'administration de systèmes d'assurance-chômage et d'assistance-chômage;
- e) l'administration de systèmes de formation et de réadaptation professionnelles, ou de systèmes destinés à favoriser la mobilité professionnelle ou géographique de la main-d'oeuvre;
- f) les organisations représentatives d'employeurs et de travailleurs;
- g) les institutions publiques ou privées de réadaptation professionnelle des infirmes.

VI. Formation du personnel spécialisé.

33. (1) Afin de garantir l'efficacité des services d'orientation professionnelle, l'autorité compétente devrait s'assurer les services d'un personnel suffisamment nombreux, possédant la formation, l'expérience et les autres qualifications nécessaires, et devrait organiser, sur la plus large échelle possible et en collaboration, le cas

(3) Es sollten Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden, um notwendigen oder erwünschtenfalls die Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltung mit Spezialdiensten für die Arbeitsberatung bestimmter Gruppen oder Personen zu gewährleisten.

32. Es sollten geeignete Maßnahmen für das ganze Land und örtlich getroffen werden, um sicherzustellen, daß die Arbeitsberatung in enger Beziehung organisiert ist zu

- a) allen anderen Tätigkeiten der Arbeitsmarktverwaltung,
- b) anderen Berufsberatungsdiensten,
- c) den allgemeinen und den beruflichen Bildungsanstalten,
- d) der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge,
- e) der Verwaltung der beruflichen Ausbildung und Umschulung und anderen Einrichtungen zur Förderung der beruflichen oder geographischen Versetzbarekeit der Arbeitskräfte,
- f) den maßgebenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer,
- g) öffentlichen oder privaten Stellen für die berufliche Umschulung von körperlich Behinderten.

VI. Ausbildung des Personals

33. (1) Um eine leistungsfähige Berufsberatung zu erzielen, sollte die zuständige Behörde für die Einstellung eines zahlenmäßig ausreichenden Personals sorgen, das die nötige Ausbildung, Erfahrung und sonstigen Befähigungen besitzt. Die zuständige Behörde sollte die wissenschaftliche und technische Spezialausbildung der

58.

bodies concerned, specialised scientific and technical training for vocational guidance staff.

(2) The measures to be taken should include, for example:

- (a) the establishment by the competent authority of minimum qualifications for vocational guidance officers;
- (b) the establishment by the competent authority of regulations for the selection of officers on the basis of such qualifications;
- (c) the organisation of specialised training courses for persons seeking to undertake the work of vocational guidance;
- (d) the provision of supplementary training and refresher courses for all officers; and
- (e) the maintenance by the competent authority of conditions of appointment and employment sufficiently attractive to provide an inducement to qualified persons to undertake and continue in such work.

(3) Consideration should be given to—

- (a) the interchange of vocational guidance officers among the different branches of the services with which they are respectively concerned;
- (b) the publication of technical material suitable for developing the professional skill of officers.

(4) Where useful, the Members should co-operate for the purposes of training staff, availing themselves of the help of the International Labour Office if they so desire.

échéant, avec d'autres institutions intéressées, la formation spécialisée, scientifique et technique, des orienteurs.

(2) Les dispositions prises à cet effet devraient comprendre par exemple:

- a) la fixation, par l'autorité compétente, des qualifications minima exigées des orienteurs;
- b) l'établissement, par l'autorité compétente, d'une réglementation relative à la sélection de ce personnel sur la base de ces qualifications;
- c) l'organisation d'un enseignement spécialisé destiné aux personnes désireuses de pratiquer l'orientation professionnelle;
- d) l'organisation d'un enseignement complémentaire suivi destiné à tout ce personnel;
- e) l'application, par l'autorité compétente, de conditions d'engagement et d'emploi suffisamment avantageuses pour que les personnes qualifiées soient incitées à entreprendre et à poursuivre ces activités.

(3) Il conviendrait d'envisager:

- a) l'échange d'orienteurs entre les diverses branches des services auxquels ils sont respectivement attachés;
- b) la publication d'une documentation technique susceptible de développer la valeur professionnelle de ce personnel.

(4) Lorsqu'il y a lieu, les Membres devraient collaborer à la formation du personnel spécialisé, en ayant recours, s'ils le désirent, à l'aide du Bureau international du Travail.

Berufsberater auf möglichst breiter Grundlage und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen beteiligten Stellen organisieren.

(2) Die zu treffenden Maßnahmen sollten zum Beispiel umfassen:

- a) die Festsetzung von Mindestanforderungen durch die zuständige Behörde, denen die Berufsberater genügen müssen,
- b) die Aufstellung von Vorschriften durch die zuständige Behörde für die Auswahl der Berufsberater auf Grund der bezeichneten Erfordernisse,
- c) die Organisation von Spezialkursen für Personen, die sich der Berufsberatung widmen wollen,
- d) die Organisation von Ergänzungs- und Auffrischkursen für alle Berufsberater,
- e) die Gestaltung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen durch die zuständige Behörde in einer Weise, die für befähigte Personen genügenden Anreiz bildet, diese Tätigkeit aufzunehmen und beizubehalten.

(3) Es sollte erwogen werden

- a) der Austausch von Berufsberatern zwischen den verschiedenen Dienstzweigen, denen sie zugeteilt sind,
- b) die Veröffentlichung von Fachschriften für die berufliche Weiterbildung der Berufsberater.

(4) Gegebenenfalls sollten die Mitglieder zwecks Ausbildung des Beratungspersonals zusammenarbeiten und dabei, wenn sie es wünschen, die Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes in Anspruch nehmen.

VII. Research and Publicity

34. (1) Special measures should be taken on a co-ordinated basis, to promote public and private research and experiment in methods of vocational guidance.

(2) The public employment service should co-operate in such research.

(3) Wherever appropriate in the circumstances such research should include examination of such questions as—

(a) methods of interviewing;

(b) the analysis of the requirements of the different occupations;

(c) the provision of industrial and occupational information appropriate for vocational guidance;

(d) aptitude and other psychological testing;

(e) the development of model vocational guidance forms; and

(f) the measurement of the result of vocational guidance.

35. Systematic efforts should be made by the authorities responsible for vocational guidance in co-operation with employers' and workers' organisations and where appropriate with other bodies concerned, to promote wide public understanding of the purposes, principles and methods of vocational guidance.

VII. Recherches et publicité.

34. (1) Des mesures spéciales devraient être prises, d'une façon coordonnée, en vue de favoriser, sur le plan public ou privé, les travaux de recherche et d'expérimentation sur les méthodes d'orientation professionnelle.

(2) Le service public de l'emploi devrait collaborer à de telles recherches.

(3) Ces recherches devraient éventuellement comprendre l'étude de questions telles que:

a) la technique des entretiens individuels;

b) l'analyse des capacités requises pour les diverses professions;

c) la diffusion d'informations relatives aux diverses branches d'activité et professions, et utilisables à des fins d'orientation professionnelle;

d) le recours à des tests d'aptitudes et autres tests psychologiques;

e) la mise au point de formulaires-types d'orientation professionnelle;

f) les méthodes permettant d'évaluer l'efficacité de l'orientation professionnelle.

35. Les autorités chargées de l'orientation professionnelle devraient s'appliquer d'une façon systématique, en collaboration avec les organisations d'employeurs et de travailleurs, et, le cas échéant, en collaboration avec d'autres institutions intéressées, à familiariser l'opinion publique avec les buts, les principes et les méthodes de l'orientation professionnelle.

VII. Forschung und Werbung

34. (1) Besondere, auf einheitlicher Grundlage durchgeführte Maßnahmen sollten dazu dienen, öffentliche und private Forschungsarbeiten und Versuche über die Verfahren der Berufsberatung zu fördern.

(2) Die Arbeitsmarktverwaltung sollte an solchen Forschungen mitarbeiten.

(3) Wo immer die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, sollten sich die Forschungen auf Fragen erstrecken, wie

a) die Technik der persönlichen Unterredungen,

b) die Analyse der für die verschiedenen Berufe erforderlichen Fähigkeiten,

c) die Aufklärung über die verschiedenen Wirtschaftszweige und Berufe im Dienste der Berufsberatung,

d) Eignungsteste und andere psychologische Tests,

e) die Ausarbeitung von Musterformularen für die Berufsberatung,

f) die Verfahren zur Feststellung der Wirksamkeit der Berufsberatung.

35. Die mit der Berufsberatung betrauten Behörden sollten sich planmäßig bemühen, in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und gegebenenfalls mit anderen beteiligten Stellen die öffentliche Meinung mit den Zwecken, Grundsätzen und Verfahren der Berufsberatung möglichst umfassend vertraut zu machen.